



Politische Berichte

Nummer 27 / 14. Jahrgang

31. Dezember 1993

G 7756 D Preis 2,00 DM

Arbeitsplätze schaffen mit immer weniger Waffen?

Hans Günter Schramm über die Versuche, die Rüstungsexportkontrollen restlos abzuschaffen

Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI hat es an den Tag gebracht, Deutschland ist weltweit zur Nr. 2 der Waffenexporte im konventionellen Bereich der Großwaffensysteme avanciert. Es stimmt also immer noch: „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland.“

Aber das reicht der Rüstungslobby nicht. Weil durch die Beendigung des Ost-West-Konfliktes das bisherige Reinfeld abhanden gekommen ist, und weil die Menschen in diesem Land es nicht mehr einsehen, daß sie eine bis an die Zähne bewaffnete Bundeswehr finanzieren sollen, obwohl das neue Deutschland nur noch von Freunden umzingelt ist, deshalb sollen für die zurückgehenden „Mordgeschäfte“ neue Möglichkeiten geschaffen werden. Denn die Notwendigkeit, in Zeiten des wirtschaftlichen Rückgangs und der Konsolidierung in den neuen Bundesländern doch etwas mehr Steuergelder in diese Bereiche zu lenken, läßt Minister Rühe bei der Beschaffung immer weniger „Spiel“-Raum — trotz seiner weltweiten Einsatzversuche.

Und so jammern und drohen sie denn, die „armen“ Rüstungsmanager. Helmut Wiesner (Siemens) spricht von einem „Schok“, den er angesichts der Haushaltseinschnitte empfinde. Gerhard Haas von Krauss Maffei malte „Riesenprobleme“ für die Wettbewerbsfähigkeit der Rüstungsindustrie an die Wand. Werner Heinzmüller (DASA) will das Thema Rüstungsexport „ganz oben auf der Agenda stehen“ haben, anderenfalls kündigte er „dramatische Konsequenzen für die Lenkwaffen und Radarsysteme“ an. Sein Chef wird da viel deutlicher: „Wenn der Verteidigungsetat weiterhin als Steinbruch im Bonner Haushalt benutzt wird, dann bleibt für unsere Verteidigungstechnik nur noch schließen oder verkaufen.“ Jürgen Schrempf, Vorstandsvorsitzender der DASA, will schon weiterhin Luft- und Raumfahrt betreiben, „aber wir wissen nicht, ob wir sie noch in Deutschland betreiben werden.“

Das nenne ich Erpressung: entweder wir bekommen Staatsaufträge aus Steuergeldern und den Wegfall der letzten Schamgrenzen beim Rüstungsexport oder wir gehen mit dem Geld, das die Arbeitnehmer für uns erwirtschaftet haben, ins Ausland — und die Arbeitnehmer zum Arbeitsamt. Der Kapitalismus

hat gesiegt und genauso führt er sich jetzt auch auf, gnadenlos und schamlos.

Und Deutschlands regierende Politiker haben ihre Aufgabe sofort erkannt, sie fordern brav die von ihnen verlangten Rüstungsexportlockierungen. Otto Wiesheu, bayerischer Wirtschaftsminister, preschte vor und forderte die Aufweichung bis zum Niveau der Europäischen Union. Sein Kollege im Europaministerium Thomas Goppel sekundierte schnell: „Durch unsere strengen Exportbestimmungen stellen wir uns selbst ein Bein, ziehen uns aus Märkten zurück, an denen sich dann andere gütlich halten.“ Weil andere Mitgliedsstaaten nicht bereit seien, dem „hohen deutschen Standard zu folgen, dürfen Konsequenzen für die deutsche Exportkontrollpolitik nicht tabu sein.“ Michael Glos, CSU-Landesgruppenchef in Bonn, betrachtet Rüstungsexportkontrollen als eine „Eigenart“ der Deut-

schen, die „eine Sache um ihrer selbst willen maßlos übertrieben“. Er fürchtet um die Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit der Bundesrepublik und gipfelt in dem Credo: „Diese Art von Industriepolitik muß ein Ende haben.“ Kohls Berater schlagen dem Kanzler dazu „einen schmerzlichen Einschnitt in den bisherigen deutschen Kontrollstand“ vor.

Dabei hat eine reale Rüstungsexportkontrolle in Deutschland quasi nicht existiert. Ständig wird und wurde darüber diskutiert, aber bis die Gesetzesvorschläge Beschuß wurden, waren sie so aufgeweicht, daß ihre Verfasser sie nicht wiedererkennen. Dazu kommt, daß eine Überwachung weder politisch gewollt noch tatsächlich vorhanden ist. Die gesetzlichen Vorgaben können mit einfachsten Tricks — z.B. Zerlegen von Waffen in Einzelteile oder Lieferung von Gewehren ohne Schlagbolzen — umgegangen werden. Die gezielt völlig

überlasteten Kontrollbehörden können lediglich fehlerhaft ausgefüllte Exportanträge zurücksenden — damit sie in korrekter Form genehmigt werden können.

Dabei liegt in der Ost-West-Entspannung und der damit verbundenen Abrüstung eine riesengroße Chance für die Rüstungskonversion. Es war doch Helmut Kohl, der bereits 1982 vom „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ gefaselt hat. Wo aber sind die entsprechenden Konversionspläne? Wo ist ein Konzept, das den staatlichen Rahmen bietet für die Nutzung der hochqualifizierten High-Techniker und des Forschungs- und Entwicklungspotentials zugunsten fortschrittlicher, ökologischer, ziviler Alternativproduktion? Nichts ist da, weder bei dem Gros der Rüstungsfirmen noch in Bonn. Der Kanzler kann sich diesmal jedenfalls nicht mit einem Blackout herausreden.

Er kann nicht behaupten, er habe nichts gewußt und nichts bemerkt. Ausnahmsweise waren sich Industriemanager, Gewerkschaften und Opposition einig in den letzten Jahren, es gab und gibt keine Industriepolitik in Deutschland. Statt dessen schickt Kanzler Kohl die arbeitslosen Menschen höhnend in den „Freizeitpark Deutschland“.

Dabei gibt es durchaus Möglichkeiten auf parlamentarischer Ebene. Arbeitsplätze können auch wir nicht aus dem Armee zaubern, aber wir — das ist die Fraktion DIE GRÜNEN im bayerischen Landtag — fordern ein Unterstützungsprogramm zur Rüstungskonversion von der Staatsregierung. Wir wollen einen „Arbeitsstab“ für Konzepte und Koordination sowie ein „Programm zur Unterstützung betrieblicher Konversion“. Die Staatsregierung soll ihren Einfluß in den Unternehmen für die „Erstellung von Konversionsplänen“ geltend machen. Eine „Studie zur Bedarfs- und Defizitforschung“ soll den „Absatz zukunftsweisender Produkte in einer ökologischen Energie-, Verkehrs- und Rohstoff- bzw. Abfallwirtschaft durch Verbesserung der staatlichen Rahmenbedingungen“ fördern. Ein „Beirat für Rüstungskonversion“ soll die Staatsregierung bei den Maßnahmen beraten. Bei der Bundesregierung soll Bayern ein „industriopolitisches Konzept für die Luft- und Raumfahrt“, einen „Rüstungskonversionsfond“ und im Rahmen zwischenstaatlicher Verhandlungen „international verbindliche Regelungen über Subventionen in der Luft- und Raumfahrt“ einfordern.

Vom DASA-Betriebsrat haben wir schon ein „sehr gut“ für den Antrag bekommen, mal sehen, was die LandtagskollegInnen dazu sagen. Aber eigentlich sind das alles Einrichtungen, die Bund und Länder vor Jahren hätten schaffen müssen. Das wäre fortschrittlich und weitblickend gewesen — auch im Sinne weltweiter Entwicklungspolitik. Aber Tötungsgeräte in alle Welt zu verscherbeln ist offensichtlich lukrativer als umweltschonende Technologien zu entwickeln. Moral und Weitsicht jedoch hatten im Kapitalismus ja noch nie einen Stellenwert. Nur die WählerInnen können dies den Ignoranten in Industrie und Politik beibringen.

Hans-Günter Schramm ist MdL der GRÜNEN in Bayern



Bild: Ostermarsch Ruhr 1991

Foto: M. Scholz

Post: Streiks für Tarifverträge

DPG kämpft um neue Tarifverträge für „Frachtpost“ und „Briefpost 2000“

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Vom 16. bis 20. Dezember protestierten ca. 17000 Beschäftigte in über 100 Postämtern auf Informations- und Protestveranstaltungen gegen die Weigerung des Postdienst-Vorstandes, in den laufenden Tarifverhandlungen über Projekt-Tarifverträge „Frachtpost“ und „Brief 2000“ betriebsbedingte Kündigungen auszuschließen.

Nach 16 Verhandlungsunden über die Projekt-Tarifverträge war für die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) das Maß voll. Die Aussagen des Postdienstchefs Klaus Zumwinkel und des Postministers Bötsch wie auch eine vorvertragliche Verpflichtung des Postdienst-Vorstandes gegenüber der DPG, mit betriebsbedingten Kündigungen diese Rationalisierungsvorhaben nicht durchführen zu wollen, galten nichts mehr. Die Versicherungen, daß der notwendige Personalabbau nicht über Entlassungen, sondern über Nutzung der sogenannten natürlichen Fluktuation sozialverträglich realisiert werden soll, sind alter Schnee von gestern.

Die DBP Postdienst strebt mit der Umsetzung der Konzepte „Frachtpost“ für den Paketdienst und „Brief 2000“

eine Zentralisation der Dienste an. So sollen für die „Frachtpost“ bundesweit 33 Frachtkonten neu errichtet werden. Der Zeitplan für die Umsetzung des neuen Frachtkonzeptes steht weitgehend fest. In der ersten Phase sollen die neuen Frachtkonten zunächst nur für die Abgangsbearbeitung eingesetzt werden. Ab Mai 1994 soll Phase 1 beginnen und nach und nach bis Februar 1995 für alle 33 Frachtkonten verwirklicht werden. In Phase 2 ab März 1995 soll auch die Eingangsbearbeitung anlaufen, und ab Juli 1995 wird die Phase 3 eingeläutet. Die Zustellorganisation wird dann vorwiegend dem neuen Frachtkonzept angepaßt, damit wäre die Verwirklichung des Frachtkonzeptes vollzogen.

Für „Brief 2000“ wird es 83 Briefregionen mit dazugehörigen Briefzentren geben. Die ersten werden im Juli 1994 in Betrieb gehen.

Diese Zentralisation ist als groß angelegte Rationalisierungsmaßnahme angelegt. Von den zur Zeit 340000 Postdienstbeschäftigen sollen dann 60000 übrig sein.

Der letzte Verhandlungstermin fand am 20. Dezember in Dülmen statt. Bis

zum 16. Dezember um 17 Uhr hatte die DPG den Postdienst-Manager eine Frist gesetzt, ein Angebot vorzulegen, das unter anderem beinhaltet sollte:

- * den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen;
 - * den Verzicht auf arbeitsvertragliche und personalrechtliche Konsequenzen so lange, bis ein gültiger Sozialplan existiert;
 - * den Verzicht auf weitere Änderungskündigungen des Arbeitsverhältnisses bei einer mehrfachen Betroffenheit durch das Frachtpost- und Briefkonzept.
- Die Postarbeiter ließen die Frist verstreichen, und es kam zu den ersten Warnstreiks, die bis zum 20. Dezember ausgeweitet wurden. Die Postdienst-Manager unterbreiteten der DPG bei den Verhandlungen das Angebot, bis zum 30. Mai 1995 auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten, d.h. genau bis zum Termin, an dem die 2. Phase abläuft und durch die 3. Phase des „Frachtkonzeptes“ verwirklicht wird. Die DPG brach daraufhin die Verhandlungen ab — die Aktionen wegen des drohenden Weihnachtsfestes ebenfalls. — (sip)

Stephan Waldberg nach 14 Monaten endlich frei!

Am 23. Dezember wurde der für Radio Dreyeckland tätige Journalist Stephan Waldberg, der wegen angeblicher PKK-Unterstützung über ein Jahr in der Türkei inhaftiert war, begnadigt. In einer Presseerklärung unmittelbar nach seiner Ankunft auf dem Stuttgarter Flughafen bedankte sich Stephan Waldberg bei allen, die sich für seine Freilassung einsetzen und ihn unterstützen, vor allem bei den Kriegsgefangenen in den Gefängnissen von Diyarbarkir und Buka. Er wandte sich entschieden gegen die mit der Diagnose „chronische Psychose“ versuchte Psychiatrisierung. Damit werde kritischer Journalismus als pathologisch diskreditiert. Er setzte sich für die Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes ein und forderte die Bundesregierung auf, das Verbot kurdischer Vereine zurückzunehmen. Für den 7.1. laden Stephan Waldberg, der Freundeskreis und Radio Dreyeckland zu einer Pressekonferenz ein. — (evc)

Wer den rechten Terror fördert Socken unter der Kappe

Reaktionen aus der PDS-Bundestagsgruppe auf die Verbotsdrohungen des CSU-Innenministers Beckstein

In der letzten Ausgabe hatten wir über die Verbotsdrohungen des bayerischen CSU-Innenministers Beckstein gegen die PDS berichtet. Inzwischen liegen mehrere Reaktionen aus der PDS auf diese Drohungen vor, u.a. vom Vorsitzenden der PDS-Bundestagsgruppe, Gregor Gysi, und vom Pressesprecher der PDS-Bundestagsgruppe, Jürgen Reents.

Jürgen Reents, Pressesprecher der PDS-LL im Bundestag

Da behauptet noch mal jemand, Kommunalwahlen hätten keinen Einfluß auf die „große Politik“. Weil in Potsdam rund 45 Prozent der Wähler der Meinung sind, daß Kutzmutz ein besserer Oberbürgermeister wäre als Gramlich, und jeder fünfte Wähler in Brandenburg die PDS in die Kommunalparlamente schickte, laufen CDU und CSU Amok. Unternehmerverbandschef Stihl droht eine Massenflucht der Investoren an, und die rechte Presse sieht allenthalben den Kommunismus (wieder) ausbrechen.

Einschüchterung vor den Stichwahlen? Gott bewahre! Die Herrschaften sind ja nur wachsam. So wachsam, daß sie die letzten drei Jahre bereits mit ihren Investitionen abgewartet haben, weil sie es bestimmt von vornherein so kommen sahen.

Um demokratische Wachsamkeit machen sich besonders die CSU und die bayerische Landesregierung verdient. Michael Glos, CSU-Landesgruppenchef im Bundestag, hatte als einer der ersten darauf aufmerksam gemacht, daß PDS und Grüne (ja, die gleich mit) für den demokratischen Staat gefährlicher seien als die Rechtsextremisten.

Zweifellos ein Thema, bei dem die CSU sich hervorragend auskennt. Hatten doch zwei ehemalige CSU-Minister in Bayern, Maunz und Seidl (der erste obendrein als Grundgesetz-Kommentator allgemein respektiert), lange Jahre die besten Beziehungen zum Chef der rechtsextremistischen „Deutschen Volksunion“, Frey. Die beiden sind verstorben, deswegen machte Herr Frey dies bekannt. Ob weitere, auch jetzt noch amtierende CSU-Minister solche Neonazi-Connections unterhalten, kann folglich noch nicht beurteilt werden. Daß z.B. der bayerische Ministerpräsident Stoiber vor etlicher Zeit vor einer „durchrassten Gesellschaft“ gewarnt hat, beweist bislang ja nur, daß er mit

den Rechtsextremisten so einige Gedanken gemein hat — mehr nicht ...

Und nun stellt der bayerische Innenminister Beckstein einen Verbotsantrag gegen die PDS beim Bundesverfassungsgericht „noch bis zur Bundestagswahl 1994“ in Aussicht. Weil das Programm der PDS „auf die Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ abzielt (da muß ihm jemand den falschen Text in die Vorlagemappe gelegt haben). Weil die PDS „international mit den traditionellen kommunistischen Parteien, zum Beispiel auf Kuba und in China“ zusammenarbeiten würde (wenn das der Kanzler hört — und die Investoren, die kürzlich mit ihm in Peking waren!). Und weil sich „unter der Tarnkappe PDS ... die alten roten Socken der SED neu organisiert“ hätten. Socken unter der Kappe? Vielleicht trägt Herr Beckstein die seinigen dort, die PDS jedenfalls nicht. Das stört nämlich beim Denken — und riecht auch so stark.

Im übrigen schreibt Giovanni Di Lorenzo in der SZ vom 10.12. u.a. zur Lage in Bayern: „... schlimme Satz des CSU-Landesgruppenchefs in Bonn, die Grünen, mit denen sein Unionsfreund Toepfer am liebsten koalieren würde, seien, wie die PDS, gefährlicher für die Demokratie als Republikaner und Rechtsextremisten. Mit solcher Hetze werden nicht die Grünen geschädigt, sondern das demokratische Immunsystem in Deutschland.“

Nichts gegen Giovanni Di Lorenzo — er hat sich vielfach hörbar und lesbar gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit engagiert — aber auch er scheint sich dem weitgehenden Trend anzuschließen, daß der Fehlgriff von Glos im wesentlichen darin bestanden hätte, die Grünen gleich mit ins Visier zu nehmen. Hätte Glos nur die PDS genannt, wäre das „demokratische Immunsystem“ offenbar nicht „geschädigt“.

Und bei den Verbotsüberlegungen des Herrn Beckstein waren sich fast alle KritikerInnen (bis hin zu Werner Schulz und Marianne Birthler von B90/Grüne) darin einig, daß dies „das falsche Mittel“ zur Bekämpfung der PDS sei. Daß aber die PDS zu bekämpfen sei, dafür ist das große Bündnis von CDU/CSU/FDP/SPD/B90-G, von DIHT und taz-Kommentatoren wie Matthias Geis etc. ja nun gemeinsam in die Schlacht gezogen. Ein kleiner Tip, falls jemand aus diesem Spektrum mitliest: Vielleicht sollte Ihr zu den nächsten Wahlen von vornherein gemeinsame Kandidaten auf-

stellen — das macht die ganze Angelegenheit viel übersichtlicher.

Gregor Gysi, Vorsitzender der PDS/LL im Bundestag

Zur Forderung des Bayerischen Innenministers Beckstein (CSU) nach bundesweiter Bespitzelung und Verbot der PDS erklärt der Vorsitzende der Abgeordnetengruppe der PDS/Linken Liste im Bundestag, Dr. Gregor Gysi, am 12.12.93: Es ist ja nicht das erste Mal, daß sich ein bayerischer Innenminister mit Verbotsforderungen vordrägt. Auch dieser Vorstoß wird im Sande verlaufen. Immerhin aber entlarvt er die Einstellung von CSU-Politikern. Nach dem Abdanken der SED ist die CSU in Deutschland nunmehr die einzige verbliebene allmächtige Staatspartei.

Nicht etwa vor den Brandenburger Wahlen, sondern nach dem PDS-Erfolg fordert Beckstein nun ein PDS-Verbot. Die Logik der CSU ist eindeutig — wenn die Brandenburger ernsthaft von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und nicht so wählen, wie es die CSU aus der Ferne für richtig oder wenigstens vertretbar hält, dann müssen sie daran gehindert werden, so zu wählen, wie sie wollen.

Das ist klassisches SED-Denken — was nicht erwünscht oder wenigstens duldbar war, wurde bespitzelt und sollte verboten werden.

Aufrichtiger wäre es, wenn der bayerische Innenminister, seinen eigentlichen Intentionen folgend, gleich fordern würde, daß in Bayern nur die CSU und außerhalb höchstens die CDU gewählt werden dürfen. (Letzteres wäre aus seiner Sicht schon Opposition genug.)

Immerhin wüßten dann auch die Menschen in den neuen Bundesländern, was sie zu tun bzw. zu unterlassen hätten.

Fair ist es allerdings nicht, die Menschen im Osten mit dem Versprechen auf mehr Demokratie zum Beitritt zu locken, um ihnen dann verbieten zu wollen, die Partei ihrer Wahl zu wählen — z.B. die PDS, weil sie sich demokratisch erneuert hat und im Unterschied zu CSU sämtliche Allmachtaillüren abgelegt hat. Obwohl sich nicht nur in diesem Vorstoß, sondern auch in rassistischen Äußerungen während der Asyldebatte und bei anderen Gelegenheiten gezeigt hat, daß die CSU ein gestörtes Verhältnis zum Grundgesetz hat, und nicht die PDS, kämen wir dennoch kaum auf die Idee, einen Verbotsantrag gegen die CSU zu stellen. Wir bevorzugen die demokratische und politische Auseinandersetzung.

Landgericht Berlin „rehabilitiert“ Oberländer

Das Landgericht Berlin hat im Zuge eines „Rehabilitierungsverfahrens“ das Urteil des obersten DDR-Gerichts gegen den früheren Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer aufgehoben. (FAZ, 24.12.93) Oberländer war am 29. April 1960 von diesem Gericht unter anderem wegen Beteiligung an der Ermordung von Juden und Polen während der NS-Zeit zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Dieses Urteil, so jetzt das Landgericht Berlin, sei „rechtsstaatswidrig“, weil „in Abwesenheit des Betroffenen“ verhängt.

Oberländer war Träger des „goldenen Parteiaabzeichens der NSDAP“, 1939 bis 1945 außerdem „Reichsführer“ des „Bundes Deutscher Osten“.

danach einer der Gründer des „Gesamtdeutschen Blocks, Bund der Heimatvertriebenen und Entrechten“ (BHE) und seit 1953 Bundesvertriebenenminister unter Adenauer. Er hatte 1960 zurücktreten müssen, nachdem bekanntgeworden war, daß er als Mitglied der ukrainischen „Hilfswilligen“-Einheit „Nachigall“ an der Erschießung von Juden und Polen teilgenommen hat. (Der Spiegel, 2.12.59). 1960 war Oberländer bereits in der BRD „strafrechtlich rehabilitiert“ worden.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Jäger lobte das jetzige Urteil des Berliner Landgerichts als eine neuerliche „späte Genugtuung“ für Oberländer. — (rül)

Bischofferode: Proteste und Widerstand

Neuer Hungerstreik, weiter Besetzung der Kaligrube

Die Belegschaft des Bischofferoder Kaliwerks setzt auch nach der angeblich „letzten Schicht“ ihren Widerstand gegen die Schließung der Grube fort. Am 20.12. hatte der Vorstand der Mitteldeutschen Kali AG höhnisch das Ende der Grube angekündigt: An Heiligabend werde mit Ende der Nachschicht die Produktion endgültig eingestellt, ab 1.1.94 werde dann die (treuhandeigene) „Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung stillgelegter Bergwerke“ für die Grube zuständig werden. Diese Gesellschaft, so das Angebot der MDK an die Kalikumpel, werde diese auch „beschäftigen“ und von der MDK übernehmen. Allerdings sei eine „Beschäftigung“ der Kumpel noch nicht gesichert, zuerst werde es also wohl Kurzarbeit geben. Als erste „Beschäftigung“ sollen die Kumpel ab 3. Januar mit dem Abbau der Anlagen in Bischofferode beginnen.

In einer Urabstimmung lehnte die Belegschaft dieses zynische Kapitulationsangebot von MDK, Treuhand und Bundesregierung mit großer Mehrheit ab: Vor die Alternative gestellt, die „Übernahmeverträge“ der Treuhand-Gesellschaft einzugehen oder den Arbeitskampf fortzusetzen, entschieden sich zwei Drittel der Belegschaft für Fortsetzung des Kampfes. 26 Kumpel besetzten noch am Mittwoch erstmals den Schacht. Durch die Abschaltung der Hauptlüftung zwang die MDK sie, nach 52 Stunden ihren Protest abzubrechen —

aber nur vorübergehend. Am 26. Dezember teilte der Betriebsrat in einer Presseerklärung mit:

„Heute, am 26. Dezember, wurde die Grube des Kaliwerkes in Bischofferode wieder besetzt. Um diese Aktion zu unterstützen, nehmen wir, die Kalikumpel und solidarische Kolleginnen und Kollegen, den im September ausgesetzten Hungerstreik wieder auf. Damit wollen wir all unseren Forderungen Nachdruck verleihen. Zu ihnen gehört die schnellstmögliche Aufnahme von Verhandlungen mit der Landes- und Bundesregierung. Weil mit der Schließung der Kaligrube die Existenzgrundlage von 689 Kumpeln, ihren Familien und der Region überhaupt genommen werden soll, sehen wir mit diesem Schritt die einzige Möglichkeit, uns gegen die Plattmacherpolitik von Bund, Land und Treuhandanstalt und gegen die Wirtschaftsinteressen der Konzerne zu wehren.“

Unseren Kampf verstehen wir auch als Signal an alle von der Krisenpolitik der Bundesregierung betroffenen Kolleginnen und Kollegen. Deshalb rufen wir sie auf, Solidarität mit uns zu üben und den Kampf um ihre Arbeitsplätze aufzunehmen.“ Bei Redaktionsschluß dauerte der Protest der Kumpel an. Die MDK-Geschäftsführung droht inzwischen mit fristlosen Entlassungen und Verlust der Abfindungen, wenn die Proteste nicht abgebrochen würden.

Quellen: Pressemitteilung des Betriebsrats, 26.12. Welt, 27.12., Handelsblatt, 21.12. — (rül)

Aktuell in Bonn

Güterverkehrstarife „frei“

Etwa 100000 LKW-Fahrer haben am 20. Dezember mit Hupkonzerten und einstündigen Fahrtunterbrechungen gegen die vom Verkehrsministerium ab 1.1.94 per Gesetz erzwungene Freigabe der Festpreise im gewerblichen Güterverkehr protestiert. Die Fahrer — und mit ihnen viele Kleinbetriebe — fürchten einen ruinösen Verfall der Tarife und in der Folge noch längere Arbeitszeiten bei noch weniger Einkommen. Selbst die Wirtschaftspresse geht davon aus, daß es künftig bei Kontrollen der Lenkzeiten und der Sicherheit der Fahrzeuge „noch böser Überraschungen als in der Vergangenheit“ geben werde (Handelsblatt, 21.12.).

Leidtragende dürfte auch die Bundesbahn sein, deren Frachteinnahmen durch die gesetzlich erzwungene Tarifsenkung im Lastwagenverkehr ebenfalls sinken dürften. Profitieren werden einzige die Konzerne, deren Frachtkosten fallen.

Telekom expandiert nach Ungarn

Noch gar nicht privatisiert, steigt die Telekom bereits im Ausland ein: Am 22.12. unterzeichnete Telekom-Vorstandschef Rickert den Kaufvertrag für eine 30%-Beteiligung an der ungarische

schen Telefongesellschaft Matav. Ein US-Konzern steigt ebenfalls bei Matav ein. Die Matav will bis zum Jahr 2001 7,3 Mrd. DM investieren, um das Telefonnetz „auf westeuropäisches Niveau zu heben“. Konkret dürfte es um Aufträge für den Siemens-Konzern gehen, dem die Telekom mit ihrem Einkauf das Geschäft in Ungarn erleichtert.

Rentenalter trotz Tarifen „flexibel“

Weil die Bundesregierung in ihrem „Rentenreformgesetz“ von 1992 keine „Tariföffnungsklausel“ formuliert hatte, hat das Bundesarbeitsgericht in einer jetzt schriftlich vorliegenden Entscheidung sämtliche tarifvertraglichen Regelungen, die ein Rentenalter von 65 Jahren oder früher zwingend vorschreiben, außer Kraft gesetzt. Zweck des Gesetzes sei es schließlich, so das BAG in seinem zynischen Urteil, die Lebensarbeitszeit zu verlängern: „Diesem Gesetzeszweck widerspricht es, wenn sie Tarifverträge über die Entscheidungsfreiheit des einzelnen Arbeitnehmers hinwegsetzen und damit in erheblichen Teilbereichen die vom Rentenreformgesetz 1992 angestrebte Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit verhindern.“ Es sei Sache des Gesetzgebers, zu entscheiden, was Tarifverträge regeln dürfen und was nicht. Daß die Altersgrenze in Tarifen die Lohnabhängigen vor Überarbeit und früher Tod schützen sollen, ist für das Gericht offensichtlich unerheblich.

BfA: Haushalt '94 per Dekret

Ausgaben von 107,2 Milliarden DM sieht der neue Etat der Bundesanstalt für Arbeit im Jahr 1994 vor. 89,6 Mrd. DM sollen durch Beiträge aufkommen, 18 Mrd. DM als Zuschuß aus dem Bundesetat. Am 23.12. hatte der Verwaltungsrat der Bundesanstalt mit den 27 Stimmen der Vertreter der Gewerkschaften, der Kommunen und Länder den Etatentwurf der Bundesregierung noch abgelehnt. Nur die Vertreter der Arbeitgeber und der Bundesregierung im Verwaltungsrat der BfA stimmten dafür. Gewerkschaften, Kommunen und Länder wünschten einen Etat von 111,1 Mrd. DM. Sonst würden die ABM-Stellen 1994 um 88 000 auf 260 000 verringert, die Umschulungsmaßnahmen um 90 000 auf 45 000, kritisierten sie. Trotzdem ist der Entwurf der Regierung jetzt in Kraft. Bundesarbeitsminister Blüm setzte ihn per Dekret in Kraft.

Neues Programm „Innere Sicherheit“

Die Innenminister von Bund und Ländern haben sich Ende Dezember auf ein neues Programm „Innere Sicherheit“ verständigt. Das Programm soll das berüchtigte Programm zur „Innern Sicherheit“ von 1974 „dem Wandel der Zeiten anpassen“, wie die FAZ den brandenburgischen Innenminister Ziel (SPD) zitiert. Die Innenminister wünschen u.a. die Legalisierung des Lausch-

angriffs. Die Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten — ebenfalls seit Gestapo-Zeiten verboten — soll offiziell erlaubt werden: Der Bundesnachrichtendienst soll bei der Bekämpfung „organisierter Kriminalität“ mitwirken. Die Kronzeugenregelung soll ausgeweitet werden. Nur bei den erlaubten Straftaten sog. „verdeckter Ermittler“ und bei der Mitwirkung des Verfassungsschutzes bei Polizeiaufgaben waren die Meinungen geteilt.

Schäuble tritt Notstandsdiskussion los

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Schäuble hat eine Diskussion über Bundeswehreinsätze im Innern angezettelt, die darauf abzielt, die mit den Notstandsgesetzen festgelegte Einsatzmöglichkeit der Bundeswehr im Innern erheblich auszuweiten. In einem „Weihnachtsbrief“ an die Fraktionsmitglieder forderte Schäuble, die Bundeswehr müsse „auch bei größeren Sicherheitsbedrohungen im Innern“ eingesetzt werden können. Ex-Verteidigungsminister Scholz und der innenpolitische Sprecher der Union, Gerster, unterstützten Schäubles Vorschlag sofort, die SPD lehnte ihn ab. Die Zeitung Die Welt erinnert an die Notstandsgesetze von 1968: Schon damals habe die große Koalition unter Kiesinger geplant, Soldaten „gegen gewalttätige Demonstranten, Streikende und Putschisten einsetzen zu können. Die Pläne scheiterten an 70 000

Demonstranten, die in einem Sternmarsch nach Bonn kamen.“ (22.12.93)

Kernkraft: Töpfer befiehlt jetzt

Im Streit mit den Bundesländern über die Kernenergie hat die Bundesregierung ihren Konfliktkurs gegen die Länder verschärft. Am 21.12. ermaßtigte das Bundeskabinett Umweltminister Töpfer, gleich dreifach mit atomrechtlichen Weisungen gegen die Bundesländer vorzugehen: In Rheinland-Pfalz wurde die Landesregierung angewiesen, sofort die Dauerbetriebsgenehmigung für das von der RWE betriebene Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich zu erteilen (inzwischen geschehen). Die niedersächsische Umweltministerin wurde angewiesen, den Entwurf einer 2. Teillerrichtungsgenehmigung für das Endlager Gorleben in Bonn vorzulegen. Der hessische Umweltminister Fischer soll 30 Umbaumaßnahmen der Brennelemente-Anlage von Siemens in Hanau genehmigen.

Was kommt demnächst?

Am 10. Januar nimmt der Bundesrat seine Beratungen wieder auf, am 4. Februar folgt die erste Sitzung des Bundesrats im neuen Jahr, auf der dann, falls bis dahin ein Verhandlungsergebnis vorliegt, neuerlich über die Pflegeversicherung beschlossen werden soll. Am 13. März sind in Niedersachsen Landtagswahlen, am 20. März in Schleswig-Holstein Kommunalwahlen.

Die von Bundesinnenminister Kanther Anfang Dezember verbotenen kurdischen Vereine und Institutionen haben vor dem Bundesverwaltungsgericht gegen die gegen sie verhängten Verbote Klage erhoben. Bis zu einer endgültigen Bestätigung der Verbote bleibt damit eine „Grauzone“ — die Vereine sind verboten, dürfen sich aber noch gegen diese Verbote juristisch wehren, können folglich auch nicht vollständig aufgelöst werden. Für die staatlichen Verfolgungsorgane ist diese „Grauzone“ keineswegs beunruhigend, eher erleichtert sie ihnen die Verfolgung. Besitzelung und willkürliche Entscheidungen werden nicht behindert, die Rechtsunsicherheit für die kurdischen Vereine dagegen bleibt. Die kurdischen Vereine können nie ganz sicher sein, welche ihrer Handlungen womöglich legal, welche als „Fortsetzungshandlung“ womöglich noch zusätzlich strafrechtlich verfolgt wird. Wann das Bundesverwaltungsgericht über die nun eingereichten Klagen entscheiden wird, ist offen. Wir dokumentieren im folgenden die Presseerklärung der von den verbotenen kurdischen Vereinen und Institutionen beauftragten Verteidigerinnen und Verteidiger. — (rül)

Als Vertreter kurdischer Organisationen und Einzelpersonen wenden wir uns aus Anlaß der ersten juristischen Schritte gegen das Verbot kurdischer Vereinigungen und dessen Sofortvollzug an die Öffentlichkeit. Klagen aller von der Verbotsverfügung betroffenen und in der BRD tätigen Vereinigungen zum Bundesverwaltungsgericht werden erhoben und ihre aufschiebende Wirkung beantragt. Parallel dazu werden einzelne Vollzugsmaßnahmen vor den dafür zuständigen Verwaltungsgerichten angefochten.

Das umfassende Verbot, die polizeilichen Begleitmaßnahmen, seine Begründung und der politische Hintergrund sowie die zu erwartenden strafrechtlichen, ausländer- und asylrechtlichen Konsequenzen veranlassen uns zu folgenden Feststellungen:

1. Die unter dem Stichwort „PKK-Verbot“ durchgeführten Maßnahmen sind nach Art und Umfang ohne Beispiel in der jüngeren Rechtsgeschichte der BRD und Zielen offenbar darauf ab, die Stimme der Kurden aus der Türkei über die dortigen Zustände auch bei uns zum Schweigen zu bringen.

Bei bundesweiten Polizeiaktionen wurden am 26. 11. 1993 weit über 100 Vereins-, Geschäfts- und Wohnräume durchsucht, Vereinslokale leergeräumt und versiegelt, Vereinsvermögen sichergestellt. Allein in Nordrhein-Westfalen wurden über 600 Polizeibeamte in 19 Städten eingesetzt. Die ganze Tragweite dieser Verfügung wird in der Öffentlichkeit weitgehend übersehen: Ab sofort sind bei uns eine halbe Million Kurden als mindestens potentiell verdächtig anzusehen. Die meisten ihrer Vereinigungen in 29 Städten, selbst die ausdrücklich kulturell orientierten, wurden verboten, durchsucht und sind in jedem Fall in ihrer Arbeit behindert. Es wird versucht, die weitere Tätigkeit von Kurden von politischen Wohlverhältnisklauseln und einer Distanzierung vom Kampf für das Selbstbestimmungsrecht ihres Volkes abhängig zu machen.

Jede weitere Tätigkeit für das Selbstbestimmungsrecht steht also unter dem Damoklesschwert von Strafverfahren wegen Zuiderhandlungen gegen das Verbot nach § 20 Vereinsgesetz, Verstoß gegen ein Vereinigungsverbot nach § 85 StPO oder gar § 129 und § 129a StGB wegen krimineller bzw. „terroristischer“ Vereinigung — eine Reihe solcher Verfahren wurden bereits vor den Vereinsverbeten neu eingeleitet!

Noch ist nicht abzusehen, in welchem Umfang und in welcher Form darüber hinaus auch die kulturelle und sonstige Arbeit der Vereine behindert und unterdrückt wird. Schon die öffentliche Informationsarbeit über die Massaker an der kurdischen Zivilbevölkerung und ähnliche Ereignisse in Kurdistan kann als eine solche Folgetätigkeit ausgelegt werden; dies folgt aus der Verbotsbegründung (s.u.), dafür spricht auch die verfügte Schließung der Nachrichtenagentur KURD-HA, die einen publizistischen Kontrapunkt zur fragwürdigen Berichterstattung der offiziellen türkischen Agenturen setzte. Im Asylrecht wird die Angabe, auch nur peripher etwas mit dem kurdischen Widerstand zu tun gehabt zu haben — bisher ein asylrelevanter Grund, der Schutz und Aufenthalt garantierte — zum Risiko einer Abschie-



Die Hungerstreiks von zahlreichen Kurdinnen und Kurden in den Räumen ihrer (inzwischen verbotenen) früheren Vereine, die in mehreren Städten Anfang Dezember begonnen worden waren, sind inzwischen beendet — der Kampf für die Rücknahme der Verbote aber geht weiter. Bild: Hungerstreik in Köln.

cherheitsgericht in Istanbul die Veröffentlichung der universalen Menschenrechts-Charta der UNO von 1949 auf der Titelseite der Zeitung vom 10. 12. 1993 an.

Türkische Sicherheitskräfte haben den Hauptsitz der Zeitung in Istanbul überfallen, 160 Mitarbeiter und Journalisten festgenommen und auf die Polizeistation verschleppt, alle Zweigbüros in Ankara, Diyarbakir, Batman, Cizre, Elazig, Adana, Mersin, Izmir usw. wurden überfallen und die Mitarbeiter festgenommen. Auch das Verbot der pro-kurdischen, mit mehr als 20 Abgeordneten im Türkischen Parlament vertretenen Partei DEP soll unmittelbar bevorstehen. Die Verantwortlichen für die weitere Eskalation der Gewaltspirale in Kurdistan stehen daher fest.

Schon diese Zusammenhänge widerlegen die Behauptungen der Verbotsbegründung, für Frieden und Gewaltfreiheit eintreten zu wollen.

Aber es ist nicht nur politisch fragwürdig, die Beeinträchtigung außenpolitischer Belange aus der Propaganda gegen die Türkei und der angeblichen Verletzung der völkerrechtlichen Grundsätze der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und der staatlichen Integrität und Souveränität ableiten zu wollen, — wird diese doch von der Bundesregierung keineswegs zum politischen Prinzip erhoben, wie die massive offizielle diplomatische, politische und wirtschaftliche Einflussnahme in Ex-Jugoslawien und die sogar militärische in Somalia zeigt. Auch völkerrechtlich ist die Doktrin von der absoluten Souveränität längst überholt und spätestens seit der Selbstbindung der Staaten in der UN-Charta hinsichtlich der Achtung von Menschenrechten und Grundfreiheiten, Demokratie und Schutz von Minderheiten einer sogenannten „relativen Souveränität“ gewichen. Und spätestens seit den sechziger Jahren ist durch zahlreiche UN-Resolutionen und die Zusatzprotokolle zum Genfer Abkommen von 1966 klargestellt, daß nicht der notfalls bewaffnet geführte Kampf eines Volkes zur Verwirklichung seines Selbstbestimmungsrechtes eine Störung des Friedensgebotes aus Artikel 1 der UN-Charta darstellt, sondern vielmehr die koloniale und rassistische Unterdrückung aggressiv und friedensstörend ist. Eben wegen seiner kolonialen Unterdrückung des kurdischen Volkes ist es der türkische Staat, der die Völkerstabilität und den Frieden stört. Die Bundesregierung ist offensichtlich fest entschlossen, dies zu unterstützen und sich ihrer Verpflichtung zur Achtung des Selbstbestimmungsrechtes und des Friedensgebotes aus vordergründigen außenpolitischen Interessen zu entziehen. Dafür werden die Tatsachen auf den Kopf gestellt.

Deutschland würde diese deutsche Außenpolitik unglaublich machen und das Vertrauen eines wichtigen Bündnispartners, auf das Wert gelegt wird, untergraben.“

Demgegenüber geht die Verfügung auf ihren 53 Seiten mit keinem Wort ein auf die tatsächliche Situation der Kurden in der Türkei, die offizielle Abschaffung der Menschenrechte in Ausnahmezustandsgebieten, die Massaker des türkischen Militärs an der kurdischen Zivilbevölkerung, die Zwangsevakuierungen und -Deportationen, die systematische Folter und organisierten Morde an Oppositionellen, Journalisten und anderen Kurden durch Konter-Guerillakräfte.

—

Der drohende Völkermord des türkischen Militärs an den Kurden mit Hilfe deutscher Waffenlieferungen im Wert von bisher etwa 10 Milliarden DM ist natürlich erst recht kein Thema.

Das Verbot der kurdischen Vereinigungen in der BRD, begründet mit Ankaras Version vom „Terrorismus“, „Separatismus“ erfolgt ausgerechnet in einem Moment, in dem der Nationale Sicherheitsrat — die eigentliche paramilitärische Regierung der Türkei — kürzlich einen „Vernichtungskrieg“ gegen die PKK und ihre Unterstützer im Inland und Ausland beschlossen und dies öffentlich verkündet hat (Artikel der Zeitung *Hürriyet* vom 28. 10. 93), nachdem sie schon auf den einseitigen Waffenstillstand der PKK mit Militäreinsätzen gegen die kurdische Zivilbevölkerung geantwortet hatte. Und die *FAZ* verbreitete eine Meldung aus Ankara vom 24. 11., wonach 12 kurdische Clan-Chefs nach dem Treffen mit dem Ministerpräsidenten mit Artillerie ausgerüstet werden, damit der von ihnen befürchtete Wahlsieg der PKK bei den Kommunalwahlen im kommenden März verhindert werden könne. Die Türkische Regierung ist nicht nur über das Verbot vorab informiert worden und hat es in den Medien bejubelt, sondern sie hat prompt nachgesetzt: Am 10. 12. 93 (dem Tag der internationalen Menschenrechte der Vereinten Nationen) wurde die oppositionelle türkisch-kurdische Tageszeitung *Özgür Gündem* geschlossen. Als Grund hierfür gab das türkische Staats-

Die Verbotsbegründung ist daher ein Dokument der juristisch dürfig verbrämt Beihilfe zum Völkermord am Volke Kurdistans durch das türkische Militär unter dem Vorwand der Bekämpfung von „Terrorismus und Separatismus“.

Nach dem Scheitern des großangelegten Versuches, in einem politischen Massen-Schauprozeß die PKK nach § 129a StGB als „terroristisch“ zu kriminalisieren, soll dies nun über das Mittel des repressiv-undemokratischen Ver einsverbotes erfolgen.

3. Die unter dem Stichwort „PKK-Verbot“ propagierten Maßnahmen sind auch eine Gefahr für unsere Demokratie.

Wir begrüßen daher die Initiative zur Gründung eines Solidaritätskomitees gegen das Verbot kurdischer Vereinigungen in der BRD und den drohenden Völkermord in Kurdistan durch das türkische Militär.

Bonn, den 21. 12. 1993

Die Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte:

Boysen, Rendsburg; B. Gräfe-Münch, Dr. Gräfe-Münch, Jörz, Klosterhuis, Ganzen-Lange, Jäger, Hamburg; Schultz, Timmer, Bremen; Ahues, Schindler, Hannover; Meister, Jasenski, Essen; Gersson, Bochum; Hinz, Hagen; Lünnebach, Krause, Köln; Verleih, Dorf, Ronte, Koch, Frankfurt; Kugler, Stuttgart; Schubert, Freiburg; Lex, München.

(Weitere Informationen über RA. Eberhard Schultz, Lindenstr. 14, 28755 Bremen, Telefon 0421/663090, Telefax 0421/656533.)

Kurdische Vereine klagen gegen ihre Verbote

Dokumentiert: Erklärung der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte zur Einreichung ihrer Klageschriften

bung, entsprechende Forderungen wurden öffentlich gestellt. Das gleiche gilt für die Ankündigung, die politische Tätigkeit von Kurden einzuschränken oder ganz zu verbieten, bis hin zur Auslieferung an den Folterstaat Türkei, wie CDU-Gerster forderte.

2. Rechtlich stehen Verbot und Sofortvollzug auf tönernen Füßen und verstößen nach unserer Ansicht gegen demokratische Grundregeln, Grundrechte unserer Verfassung, der europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (ERMK) sowie der UN-Erklärung der Menschenrechte vom 10. 12. 1948, insbesondere gegen die Vereinigungsfreiheit, die Meinungs- und Pressefreiheit sowie gegen das Verhältnismäßigkeitsprinzip und das rechtliche Gehör.

In der dreiundfünfzigseitigen Verbotsverfügung wird zunächst festgestellt: Die PKK und weitere vom Innenminister als Teil- bzw. Nebenorganisationen ausgemachte Vereinigungen — die ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistan), der Dachverband FEYKA Kurdistan und 29 kurdische Arbeiter- und Kulturvereine — angebliche Teilorganisationen von FEYKA — sowie das Kurdistan-Komitee und die Berkwedan-Verlags-GmbH sowie die kurdische Nachrichtenagentur KURD-HA — angebliche Teilorganisationen der PKK — verstießen gegen die Strafgesetze, richteten sich gegen die Völkerstabilität und öffentliche Sicherheit, gefährdeten die innere Sicherheit und öffentliche Ordnung der BRD und sollen vor allem gegen sonstige erhebliche Belange der BRD verstößen.

— Das Verbot der örtlichen kurdischen Vereine beschränkt sich auf die Begründung, diese seien Mitglied des Dachverbandes FEYKA-Kurdistan und hätten sich deren organisatorischer Willensbildung unterworfen — ohne den Versuch einer Begründung. Es liegt auf der Hand, daß durch die bloße Mitgliedschaft einer Vereinigung in einem Dachverband die Voraussetzungen der ohnehin problematischen Rechtsprechung zur sogenannten Teilorganisation auch nicht ansatzweise erfüllt sind. Das umfangreiche Wirken der kurdischen Ver-

eine auf politischem, kulturellem und sozialem Sektor wird mit keinem Wort erwähnt.

— Der Verstoß gegen die Strafgesetze wird zwar mit einer Reihe von Vorfällen und Strafverfahren gegen einzelne Kurden behauptet, es fehlt jedoch jede nachvollziehbare Begründung dafür, daß dies Straftaten der in der BRD tätigen Vereinigungen waren, wie von der Rechtsprechung gefordert.

— Das Schwergewicht der Begründung liegt auf der Behauptung, die Aktivitäten der Vereinigungen richteten sich gegen den Gedanken der Völkerstabilität und die Gefährdung der außenpolitischen Belange der BRD, insbesondere durch die „aggressive Propaganda“ von Kurdistan-Komitee usw. gegen die Türkei, die Wahlen zum „kurdischen Nationalparlament“ u.ä. So wird ausdrücklich von den „Straftaten in Deutschland und der Türkei“ (!) mit dem Ziel, „einen Teil des türkischen Staatsgebietes in einem noch zu gründenden kurdischen Staat zu überführen“ gesprochen; es wird behauptet, die Spenden Sammlung für „politische Gefangene“ und „Befreiungskämpfer“ diene „der Finanzierung der terroristischen Aktivitäten der PKK“. Ja, es heißt u.a.:

„Diese Aktivitäten schädigen bereits heute Deutschlands Ansehen in der Türkei und die bilaterale Beziehungen erheblich.“

Die Bundesrepublik Deutschland ist als Mitglied der Vereinten Nationen dazu verpflichtet, das völkerrechtliche Gewaltverbot nach Artikel 2 Abs. 4 der Charta der Vereinten Nationen und den völkerrechtlichen Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines ausländischen Staates zu beachten und die territoriale Integrität der Türkei nicht zu gefährden.

Die deutsche Außenpolitik und die Außenpolitik der gesamten westlichen Welt tritt für diese Integrität eines wichtigen NATO-, WEU- und Europaratspartners im Interesse des Friedens in der gesamten Region ein. Eine weitere Duldung der PKK-Aktivitäten in

Rußland: Von Fremdinteressen dominierte Transformationsstrategie

Auch nach den Wahlen am 12. Dezember 1993 in Rußland behalten alle die recht, die sagen, daß „alles, was mit diesem Lande zu tun hat, von weltweiter Bedeutung ist“ (Charles Bettelheim, *Die Klassenkämpfe in der UdSSR*, Band 1, Oberbaumverlag Berlin, 1975, S. 15). Die Rechtsextremen, die in Rußland bei den Parlamentswahlen mit 23,44 % der Wählerstimmen und 78 Sitzen in der Staatsduma die stärkste Partei wurden, haben In- und Ausland aufgescheucht. Jetzt wird nach Ursachen und Gründen gesucht, ein Rechtsruck in Rußland vermerkt und damit begonnen, neue Feindbilder aufzubauen.

War eine Veränderung der politischen Szene in Rußland nicht vorauszusehen oder stellt man sich bewußt dumm und gibt sich empört bis erschreckt?

Wladimir Schirinowski mit seiner „Liberaldemokratischen Partei“ kam nicht aus dem Nichts. Schon im Juni 1991 erzielte er bei den Präsidentenwahlen in Rußland sechs Millionen Stimmen. Das bedeutete Platz 3 hinter Jelzin und Ryschkow.

Am 13.12.93 weilte der bayerische DVU-Führer Dr. Frey in Moskau und beglückwünschte W. Schirinowski zum Wahlsieg. Das aber war, wie man inzwischen weiß, nicht das erste Zusammentreffen des Vertreters der SS- und HIAG-Leute, Dr. Frey, mit dem Nationalisten Schirinowski aus Rußland. Geldspenden sollen fließen, Schirinowskis Leibwächter tragen deutsche Wehrmachtsuniformen und Schirinowski verspricht, Ostpreußen an Deutschland zurückzugeben, weil es zuviel sei.

Eine nüchterne Untersuchung der Entwicklungen in Rußland vor und nach den Wahlen läßt eine Reihe Gründe erkennen, die das Ergebnis der Wahlen in Rußland erklären können.

In einem Vortrag in Berlin erklärte Dr. Igor F. Maximtschow, ehemaliger Gesandter der Botschaft der Russischen Föderation, das Hauptergebnis des Jahres 1992 sei die Zerschlagung des alten Wirtschaftsmechanismus der Sowjetunion. An seine Stelle sei etwas getreten, was Merkmale westlicher wirtschaftlicher und politischer Modelle aufweise, denn im wesentlichen sei „das Programm des Übergangs zur Marktwirtschaft, wie es von den Fachleuten der Weltbank und des Währungsfonds erarbeitet und empfohlen wurde“, übernommen und „energische Schritte zu seiner Realisierung“ eingeleitet worden. (Berliner Wirtschaft, Nr. 3/93, S. 31).

Ende 1993 muß der Versuch, Rußland im Husarenritt die Marktwirtschaft à la Weltbank und IWF aufzwingen zu wollen, als gescheitert betrachtet werden. Das rasche Einschwenken Jelzins und seiner „Reformregierung“ auf den westlichen Entwicklungsweg zog den nun offenkundigen wirtschaftlich-sozialen Abstieg nach sich. Die brutale Form, in der die ursprüngliche Akkumulation in Rußland vor sich geht, führte zur starken Verelendung eines bedeutenden Teils der Bevölkerung und zum raschen Zusammenbruch des sowjetischen Staatskapitalismus. Wir haben es zu tun mit einer verfehlten, den russischen Bedingungen nicht entsprechenden Wirtschaftspolitik und einer von Fremdinteressen dominierten Transformationsstrategie. Das schließlich zog eine umfassenden Machtkrise nach sich und trug maßgeblich zum politischen und moralischen Verfall der Gesellschaft und ihrer Spaltung bei.

In der *Rossiskaja Gasa* vom 18.12.93 kann man nun lesen: „Heute ist klar, daß die Demokraten (gemeint sind die Kräfte der „Reformer“ um Jelzin — der Verfasser) schon lange vor den Wahlen die Situation nicht mehr beherrschten. Ihr politischer Narzismus ließ sie erblinden ... W. Schirinowski ging in den Endspurt auf der Welle der Ablehnung. So wie vorher gegen die KPdSU gestimmt wurde, so wurde jetzt gegen die demokratische Nomenklatur mit ihren Schwächen und Skandalen gestimmt.“

Zeigt sich der Westen heute überrascht vom Sieg Schirinowskis, so hat er gestern in den Oktobertagen 1993 die blutige Zerschlagung des russischen Parlaments als Sieg der Demokratie gefeiert. Straßenkämpfe und Blutvergie-



Zur Erklärung der beunruhigenden Wahlergebnisse der Rechten

Obere Bilder: Moskau, 1993.
Foto rechts oben: Maruan Bahrou



Untere Bilder: Links: Schirinowski auf dem DVU-Parteitag. Rechts: Dr. Frey.

Fotos: af/mz

ben in Moskau hatte es zuletzt während des Oktoberaufstandes im Jahre 1917 gegeben. (Selbst während des Putsches im August 1991 weigerten sich maßgebliche militärische Führer, die Armee gegen das Volk einzusetzen). Oktober '93 hatte sich die Situation geändert. Beide Seiten hatten keine Hemmungen, Gewalt gegeneinander einzusetzen, Zeichen für soziale und politische Entwicklungen in Rußland. Die Gewalt wurde als Mittel der politischen Auseinandersetzung legalisiert und die Demokratie als Spielball behandelt.

„In Rußland erfolgte die Aufhebung der Verfassung vor dem Aufstand, und man erklärte sie für erforderlich, um die Privatisierung des Staatsgegenstands und die Auslieferung der Ökonomie an den Markt in Gang zu bringen ... Demokratische Institutionen werden umgangen bzw. außer Kraft gesetzt, wenn es politischen Zielen einer guten Sache dient ...“ (Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 12/93, S. 1495)

Die Oktobereignisse sind im Verlaufe der politischen Entwicklungen in Rußland als Kulminationspunkt in der Auseinandersetzung um die Macht nicht von den Ergebnissen der Wahlen vom Dezember '93 zu trennen. Sie implizieren mit der Eskalation der Gewalt und des sich verschärfenden Machtkampfes eine Polarisierung und Neuformierung politischer Kräfte.

In der Gewerkschaftszeitung *Trud* bemerkte Sorkin, ehemaliger Vorsitzender des Russischen Verfassungsgerichtes, im August 1993: „Das Land erlebt eine Systemkrise. Das, was man bisher hatte, wurde zerstört, und das aber, was man wollte, ist nicht gekommen. Heute fühlt der Mensch sich verwundbar. Er ist ungeschützt, auf der Straße, zu Hause, an seinem Arbeitsplatz, in seinem Lebensstandard und seinem psychologischen Befinden.“

Nüchterne Zahlen (siehe auch PB Nr. 26/93) belegen, daß mit den Veränderungen in der Industrie, Landwirtschaft und anderen Lebensbereichen bisherige Strukturen zerfallen und sich eine neue soziale Hierarchie herausbildet.

— 1992 stieg die Arbeitslosigkeit auf 1,8 Millionen (von 72,3 Mio. Beschäf-

tigten in Rußland). Die Inflationsrate lag bei 2000 %. Das Realeinkommen der Bevölkerung sank um 45 %. Bei einer 115fachen Lohnerhöhung stiegen die Einzelhandelspreise aber um das Dreihundertfache. (Neues Deutschland, 25.6.93). Tschernomyrdin nannte kürzlich die Zahl von 35 Millionen Menschen, die an der Armutsgrenze leben. (Sächsische Zeitung vom 20.12.93). Diese Entwicklung trifft in erster Linie die arbeitende städtische Bevölkerung. Aber auch ehemalige mittlere und obere Führungsschichten (vor allem aus dem Apparat der KPdSU und staatlicher Institutionen) und die Masse des wissenschaftlich-technischen Personals aus den Bereichen der Forschung und Entwicklung (von 950000 Wissenschaftlern wurden bisher 300000 entlassen, bei weiteren 300000 steht dies noch bevor) sind von dieser Entwicklung betroffen. (Blätter für ..., Nr. 11/93, Seite 1305)

Das Heer der Beschäftigungslosen wird aufgefüllt durch die Entlassungen aus der Armee: Reduzierung der russischen Streitkräfte von ca. vier Millionen Mann 1990 auf 1,5 Millionen 1995. Mit der Verkleinerung der Armee wird sich auch der militärisch-industrielle Komplex reduzieren (ca. 5,4 Mio. Beschäftigte). Ein rascher Anstieg der Arbeitslosenzahlen auf fünf bis zehn Millionen Arbeitslose ist wahrscheinlich (ebenda, S. 1305).

— Schwierig gestaltet sich auch die Lage in der Landwirtschaft. Die in Aktiengesellschaften umgestalteten Kolchose und Sowchosen und privaten Bauernwirtschaften leiden am Kapitalmangel und finanzieller Unterstützung. Die landwirtschaftliche Produktion Rußlands sinkt weiter. Die ursprünglichen bäuerlichen Strukturen wurden systematisch zerstört.

— Die ungehemmte kapitalistische Entwicklung führte spontan zur Entstehung großer Handels- und Dienstleistungsunternehmen. Das Banksystem weitet sich aus. Der Staatssektor stagniert gegenüber dem rasch anwachsenden Privatsektor. Aber bedeutende Aktienkonzerne, wie z.B. Konzerne mit Basis in den vielfach verzweigten Erdölgesellschaften, sichern sich ihren Einfluß, und

die ehemalige Nomenklatur setzte sich an die Spitze der Privatisierung. Der Kampf um das goldene Vließ in der „Entstaatlichung“ hat an Schärfe zugenommen: von 196000 Unternehmen sind inzwischen 70000 privatisiert. Die alte Nomenklatur und die neuen Kräfte bereichern sich ungezügelt und hemmungslos am verbliebenen Volkseigentum. Die Schattenwirtschaft läßt große Teile dieses Vermögens in dunklen Kanälen verschwinden. Die russische Mafia und alte und neue Strukturen dominieren. Es geht eine Verschmelzung der mächtigen Regionalchefs mit den neuen Unternehmern vor sich. Diese Kräfte hoffen auf das Scheitern der radikalliberalen Kräfte der Regierung. Die alte Bürokratie schafft sich ihre Positionen und wird inzwischen durch die umfassende Korruption als die reichste Schicht angesehen. (Wochenpost, 9.12.93)

Wenn auch noch spontan und ungeregelt entstehen Interessenvertretungen, Verbände und Kooperationen wie die „Liga der Verteidigungsbetriebe“, die „Assoziation Petersburger Unternehmer“, die beginnen, Einfluß auf die Politik zu nehmen und sich ihre Lobby aufzubauen (Der riesige GASPROK-Konzern sponsort z. B. die „Partei der Russischen Einheit und Eintracht“, Ministerpräsident Tschernomyrdin war vorher Chef des Konzerns).

— Schon vor den Wahlen zeigte sich der Machtzuwachs der regionalen Strukturen (direkter Zugriff auf örtliche Ressourcen, Einnahme der Steuern, „Rußland ist groß und der Zar ist weit“). Die aus der Sowjetzeit übernommenen alten Machtstrukturen und regionalen Kräfte haben Boden im Kampf um die Macht gewonnen, im Widerstand gegen die Zentralregierung in Moskau Formen der Zusammenarbeit gefunden und eigene politische Konzepte entwickelt. In bestimmten Teilrepubliken Tatarstan, Baschkortostan, Mari-Republik etc. wachsen die Unabhängigkeitsbestrebungen.

Die Veränderungen in der sozialen Basis schaffen ein geeignetes politisches Klima für die Ausbreitung nationalisierter und rechtsradikaler Stimmungen. Auf dem Boden sich verschärfender so-

zialer Probleme und Widersprüche geideien Ideen und Vorstellungen für Forderungen nach Recht und Ordnung, entsteht der Ruf nach möglichen autoritären Formen der Macht.

— In der schon zitierten *Rossiskaja Gasa* (17.12.93) werden Gründe erwogen, warum Schirinowski den Zuspruch eines Teiles der Wähler erhielt. Einige davon sind von großem Interesse:

— Schirinowski konnten weder Skandale noch Finanzmanipulationen in der russischen Öffentlichkeit vorgeworfen werden.

— Er zog zu seiner Unterstützung weder ausländische Mächte noch Konzeptionen heran. Er setzt allein auf politische Flexibilität und Stimmungen im Volk.

— Allein Schirinowski gedachte kurz vor den Wahlen des Sieges der Roten Armee in der Schlacht um Moskau im Jahre 1942 und wandte sich mit einem Glückwunschschreiben an alle Veteranen des Krieges. Er kalkulierte nüchtern, daß der Verlust der Größe Rußlands und die Infragestellung des Sieges über den Faschismus viele Menschen tief bewegt.

— Er spekuliert mit den Gefühlen der Menschen, die sie für die Armee und ihre Rolle hegen. Er kommt den Hoffnungen vieler Angehöriger der Streitkräfte entgegen, wenn er sich gegen ihre Vergangenheit ausspricht und weiß, daß sie sich um den Verlust des Ansehens der Armee Sorgen machen. Nicht von ungefähr haben 72 % der Raketentruppen, 46 % der Angehörigen des Moskauer Militärbezirkes, 87,4 % der Tamares Division (war mit dem Sturm auf das Parlament beauftragt) usw. für Schirinowskis gestimmt. Jelzin habe die Armee verloren, wird in Moskau gesagt (Neues Deutschland, 24.12.93)

— Schockierend ist sein „territoriales“ Programm, aber er rechnet nüchtern mit der verlorenen Sehnsucht des Volkes nach einem großen und mächtigen Rußland, das aus den unmittelbaren „Nachbarstaaten“ (vor allem der Ukraine) beständig angegriffen und beschädigt wird. (Allein in den Nachbarstaaten leben 24 Millionen Menschen russischer Herkunft, die dort als Besatzer und Interventen bezeichnet werden.)

Australien: Friedensvertrag mit den Aborigines

Ein Tribunal soll ihre Landrechte prüfen

Nachdem die australische Regierung für ihr beabsichtigtes Gesetz zur Regelung der Landbesitzverhältnisse von allen Seiten heftig kritisiert worden war, zeichnete sich nun doch noch ein Kompromiß zwischen Regierung, Bundesstaaten, Farmern, Bergbauunternehmen und den Aborigines ab. Am Mittwoch vor Weihnachten wurde vom australischen Parlament dieser Kompromiß als Gesetz verabschiedet.

Die von allen Beteiligten angenommene Kompromißformel von Premierminister Keating sieht vor, daß alle bestehenden Landeigentumsrechte der Ureinwohner bis zum Jahresende auf ihren Wert geschätzt werden. Der Bund und die Staaten richten gemeinsam ein Tribunal ein, das feststellt, wo Landrechte der Aborigines bestehen und wie diese mit den Pachtverträgen des Bergbaus (der einzigen Form von Verträgen, die neben den Ureinwohner-Landtiteln bestehen darf) in Einklang gebracht werden können. Sind die Landtitel der Aborigines bereits ausgelöscht worden, sollen sie dafür vom Bund entschädigt werden. Die australische Regierung geht davon aus, daß etwa fünf bis zehn Prozent des gesamten Landes von der Regelung dieses Gesetzes berührt sind.

Grundlage des jetzigen Kompromisses ist das historische, nach einem verstorbenen Landrechtstreiter benannte „Mabo-Urteil“ des obersten australischen Gerichts vom Juni 1992. Dieses hatte die bisher kaum angezweifelte historische Doktrin aufgegeben, wonach

der Kontinent zum Zeitpunkt der Besitznahme durch Großbritannien vor 205 Jahren eine „terra nullius“ (Niemandsland) war. In der Grundsatzentscheidung wird festgestellt, daß die Aborigines damals schon Landbesitz gekannt haben und daß ihre Bodenbesitzrechte daher bis heute überlebt hätten.

Der im Juli dieses Jahres von der Regierung vorgelegte Gesetzesentwurf zur Umsetzung des Mabo-Urteils wurde zunächst von den Aborigines heftig attackiert, da mit ihm die Ureinwohner jeglichen Titelanspruch auf Weide- und touristisch genutztes Land verloren hätten, auch wenn das Recht auf Fischerei und Jagd weiterbestanden hätte. Bergbau-Pachtverträge wären auf den Stand traditioneller Landrechtstitel zurückgestuft worden. Nur bei Erweiterungsprojekten wäre ein Verhandeln mit der Urbevölkerung notwendig geworden.

Der jetzt gefundene Kompromiß wird von den Vertretern der etwa 265000 Aborigines und Torres-Straßen-Insulaner als erster Schritt zur Versöhnung von Weißen und Schwarzen aufgefaßt. Vor einer endgültigen Aussöhnung müsse allerdings, so Sprecher der Ureinwohner, ein Friedensvertrag mit den weißen Australiern abgeschlossen werden, der die Aborigines als selbständige souveräne Nation anerkennt und die Rechte der Ureinwohner der australischen Rechtsprechung gleichsetzt.

Quellen: *Fiji Times*, 28.9.93; *Frankfurter Rundschau*, 23.12.93 — (hel)

Rückzug auch deutscher Firmen aus Ok Tedi

Vier ausländische Unternehmen ziehen sich aus der Kupfermine in Papua-Neuguinea zurück

Bei der Ok-Tedi-Mine, einer riesigen Kupfermine in Papua Neuguinea, werden zum 31.12.1993 vier beteiligte ausländische Unternehmen austreten und ihre Beteiligungen verkaufen, darunter auch deutsche.

Diese Firmen sind die Amoco Corp. (USA; bisher 30 % Beteiligung) sowie die deutschen Firmen Degussa (7,5 % Beteiligung), Metallgesellschaft (7,5 % Beteiligung) und die bundeseigene Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft DEG (5 % Beteiligung). Die Anteile werden übernommen vom Staat Papua Neuguinea (PNG) mit nunmehr 30 % des Kapitalanteils, BHP aus Australien (bisher 30 %, jetzt 50 %) und der Metal Mining Corp. (Kanada, 20 %), einem Tochterunternehmen der Metallgesellschaft. Während die Veräußerung der Degussa-Anteile an die kanadische Metal Mining für 57 Mio. DM von Degussa bestätigt wurde, stehen offizielle Stellungnahmen der anderen Firmen noch aus.

Der Minenbetrieb und damit auch die deutschen Anteilseigner waren aufgrund der ökologischen Folgewirkungen nicht nur in der BRD erheblich unter Kritik geraten. Erst im Januar hatte der Bundestag aufgrund der Ergebnisse der „Starnberger Studie“ mit großer Mehrheit die Ok-Tedi-Mine kritisiert und die Bundesregierung aufgefordert, bei den beteiligten Firmen auf eine Anwendung deutscher Umweltrichtlinien auch in Papua Neuguinea zu drängen.

Dagegen wurde jetzt in Papua Neuguinea eine Studie veröffentlicht, die die Beeinträchtigung von Torres-Straße und Barrier-Riff verneint. Die Ergebnisse dieser sogenannten Grundlagenstudie

über die ökologischen Auswirkungen der Ok-Tedi-Mine auf das Einzugsgebiet des Fly River und damit auf die Torres-Straße und das Great-Barrier-Riff haben angeblich keine Anhaltspunkte für eine Umweltbeeinträchtigung gegeben. Die Studie war 1990 aufgrund der Bedenken von Insulanern, Fischern und Wissenschaftlern über mögliche großflächige Umweltbelastungen der Mine von der für das Riff zuständigen Aufsichtsbehörde in die Wege geleitet worden. Die Ergebnisse der Sedimentanalysen würden nun zeigen, daß die Konzentration von Arsen, Kadmium und Selen in einigen genießbaren Fischen zwar an der Grenze des Zulässigen sei. Die Metallspuren seien allerdings auf riffselige Sedimente und nicht auf die Sedimente des Fly River zurückzuführen. Ein Überwachungsprogramm sei allerdings notwendig.

Dazu passend hat dann die Regierung von Papua Neuguinea beschlossen, die Umweltaufsicht vom Bergbau- auf das Umweltministerium zu übertragen.

Dessen Minister Zeipi begründete den Schritt damit, daß das Umweltmanagement am Ok Tedi ein größeres Profil benötige. Prompt wies in diesem Zusammenhang die Ok Tedi Mining darauf hin, daß die „International Union for the Conservation of Nature“ (IUCN) momentan ein Konzept für ein dauerhaftes Umweltmanagement in der Fly/Strickland-Region erarbeitet. Ebenso sei sicher, daß das australische Büro der Internationalen Entwicklungsorganisation (Weltbank) für das Bergbauministerium von Papua Neuguinea ein Überwachungssystem finanziere.

Quelle: *pazifik aktuell* 22/93 — (hel)

Die Zentrale bzw. alle Büros der Tageszeitung *Özgür Gündem* wurden am 10.12.93, am internationalen Menschenrechtstag der UNO, überfallen, 210 Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter dabei festgenommen.

Seit ihrem Erscheinen wurden 15 Journalisten und Mitarbeiter von *Özgür Gündem* ermordet. Das Staatsicherheitsgericht eröffnete wegen 180 Ausgaben Verfahren und verurteilte zu Geldstrafen in Milliardenhöhe.

Im Gebäude wurde alles durchsucht, dabei das komplette Archiv, Dokumente, Disketten und Fotos beschlagnahmt. Bei einer zweiten Durchsuchung wurden auch die Finanzbücher beschlagnahmt. Von den Festgenommenen werden zur Zeit noch 35 Journalistinnen und Journalisten festgehalten. Die Festgehaltenen weigern sich, Aussagen zu machen. Wir fürchten um ihr Leben. Die Zeitung wird von

Leuten herausgegeben, die sich mit *Özgür Gündem* solidarisieren. Wir rufen alle Menschen auf, sich gegen diese

bringen und verbieten. *Gündem* ist eine demokratisch-progressive Zeitung. *Gündem* vertritt die Interessen der Kurden. Sie ist die Stimme der Türken und Kurden, das ist jedem bekannt.

Wir rufen alle Kolleginnen und Kollegen dazu auf, sich mit *Özgür Gündem* zu solidarisieren. Wir rufen sie dazu auf, nach Istanbul zu kommen und für eine bestimmte Zeit bei *Özgür Gündem* zu arbeiten.

Wir dürfen nicht zulassen, daß ein Staat mit all seinen Möglichkeiten und Gewalt eine demokratische Zeitung vernichtet.

Istanbul, 21.12.1993
Yasar Kemal Schriftsteller
Yasar Kaya *Gündem* Herausgeber
Haluk Gerger Schriftsteller/Kolumnist
Ragip Zarakolu Journalist/Kolumnist/Verleger
Ragip Duran Schriftsteller/Journalist
Ertugrul Kürkçü Schriftsteller/Journalist

Aufruf

An alle Demokraten, Humanisten, Kolleginnen und Kollegen

Repressalien zu erheben. Das Komplott wurde entlarvt. Man will die Zeitung in die Nähe von illegalen Kreisen

Özgür Gündem darf nicht schweigen!

Internationale Solidaritätsaktion gegen das Verbot der kurdischen Zeitung

Am 10. Dezember hatte die Istanbuler Polizei mit einem großen Aufgebot das Redaktionsgebäude der Tageszeitung *Özgür Gündem* in Istanbul und die Zweigstellen in zwölf weiteren Städten in der Türkei und in Kurdistan gestürmt. Dabei wurden die anwesenden rund 210 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verhaftet. Viele von ihnen wurden auf den Polizeistationen mißhandelt und gefoltert. Zur Zeit sind noch 17 von ihnen in Haft: in Istanbul die Chefredakteurin Gurbetelli Ersöz und Ali Riza Halis Ceferhalis, einer in Ağrı, drei in Antep, drei in Diyarbakır, drei in Elazığ und fünf in Izmir. Sie werden gefoltert, ihren An-

wälten wird kein Besuch zugestanden — es muß um ihr Leben gefürchtet werden. Nach diesem Überfall entstand eine Solidaritätswelle mit *Özgür Gündem* in der Türkei (siehe Erklärung). Türkische Journalisten, Schriftsteller und Publizisten erklärten, daß sie das Erscheinen der Zeitung unterstützen und sichern wollen, allen voran der weltweit bekannte Schriftsteller Yaşar Kemal. Auch von der Internationalen Journalisten Föderation, dem PEN-Club und der IG Medien wurden Solidaritätsaktionen beschlossen und zur praktischen Unterstützung der Zeitung aufgerufen. Wenige Tage nach dem Überfall, am 14. Dezember,

konnte *Özgür Gündem* schon wieder in der Türkei erscheinen. In Kurdistan wird zur Zeit die Zeitung nicht vertrieben, die verkaufte Auflage vor dem Überfall betrug ca. 40000, jetzt liegt sie bei 22000. Bekannte Journalisten und Schriftsteller wohnen im Istanbuler Redaktionsgebäude, um so einen Schutz gegen weitere Polizeiangebote zu bieten. Augenblicklich arbeiten neben türkischen Journalisten und Schriftstellern auch zwei deutsche Journalisten in Istanbul an der Zeitung mit. Wir dokumentieren die Aufrufe kurdischer und türkischer Publizisten sowie der IG Medien zur Solidarität und Unterstützung der Zeitung. — (rub)

Wir rufen dazu auf, nach Istanbul zu kommen und für eine bestimmte Zeit bei *Özgür Gündem* zu arbeiten! Wir dürfen nicht zu lassen, daß ein Staat mit all seinen Möglichkeiten und Gewalt eine demokratische Zeitung vernichtet!

Diese Bitte formulierten heute in Istanbul in einem dringenden Aufruf der weltberühmten Schriftsteller Yasar Kemal und seine Kollegen Haluk Gerger, Ragip Duran und Ertugrul Kürkçü, sowie der *Özgür Gündem*-Herausgeber Yasar Kaya und der Verleger Ragip Zarakolu.

Am 10. Dezember 1993, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, wurden die Redaktionen der engagierten Tageszeitung *Özgür Gündem* („Freie Tagesordnung“) durch türkische Polizei- und Sicherheitskräfte gestürmt und insgesamt 210 Redakteurinnen und Redakteure verhaftet. Das gesamte Archiv der Zeitung wurde konfisziert. 35 Journalistinnen und Journalisten sind weiterhin in Haft. Ihre Anwälte berichten von Folterungen und Mißhandlungen seitens der türkischen Sicherheitsorgane. Dagegen sind sie in Hungerstreik getreten. In den kurdischen Gebieten der Türkei ist der Vertrieb der Zeitung aufgrund der lebensbedrohlichen Gefährdung zur Zeit eingestellt.

Heute kann die Zeitung nur unter dem Schutz des Schriftstellers Yasar Kemal und anderer intellektueller Literaten erscheinen, die sich Tag und Nacht in der Istanbuler Zentralredaktion aufzuhalten.

Die Redaktion von *Özgür Gündem* und die oben genannten Literaten rufen ihre Kolleginnen und Kollegen in Europa dringend dazu auf, ihre Zeitung zu unterstützen.

Özgür Gündem bietet an und ruft auf:

- * Besuche und Arbeitsaufenthalte bundesdeutscher Schriftsteller und Schriftstellerinnen, Journalistinnen und Journalisten in der Istanbuler Re-

daktion von *Özgür Gündem* zu unternehmen.

* Artikel für *Özgür Gündem* (auch in deutscher Sprache) zu verfassen als Akt des Protestes gegen die Pressezensur in der Türkei, als Möglichkeit der kulturellen Begegnung und länderübergreifenden Solidarität und Zusammenarbeit.

* Zur Berichterstattung über die Verhaftungen bei *Özgür Gündem*, die drohende Schließung des Blattes sowie gegen die permanenten Angriffe auf das

liche Stellen das amtliche Schweigen verordnen, wo in den immer neuen Erfolgsmeldungen der Militärs der „totale Krieg“ gegen die Kurden propagiert wird.

Deshalb wird *Özgür Gündem* seit seiner Gründung 1992 unnachgiebig verfolgt. Deshalb wurden über 200 Ausgaben beschlagnahmt, unzählige Verfahren und Verbotsanträge angestrengt, 16 ihrer Mitarbeiter und Handverkäufer ermordet, sowie zahlreiche weitere von Polizei und Militär festgenommen, geschlagen und verhört.

Daher rufen wir auf: Helfen Sie jetzt! *Özgür Gündem* darf nicht zum Schweigen verurteilt werden!

Wer Interesse hat an einem Aufenthalt in der Istanbuler Redaktion von *Özgür Gündem* (auch kurzfristig, auch zwischen den Weihnachts- und Neujahrstage), wer Artikel oder andere Formen der Unterstützung anbietet möchte, wende sich bitte umgehend an:

Özgür Gündem-Europavertretung, Sachsenring 29-31, 50677 Köln, Tel: 0221/31 1027-28, Fax: 0221/32 5624. (Die Vertretung ist ständig, auch feiertags besetzt)

Wir protestieren gegen die Einschränkung der Pressefreiheit in der Türkei und verlangen die sofortige Freilassung unserer türkischen und kurdischen Kolleginnen und Kollegen.

Wir unterstützen den Istanbuler Aufruf unter Yasar Kemal und bitten alle, die Möglichkeit journalistischer Hospitanz bei *Özgür Gündem* wahrzunehmen.

Industriegewerkschaft Medien — Fachgruppe Journalismus, Friedrichstr. 15, 70174 Stuttgart; Verband der Schriftsteller (VS) — in der IG Medien, Friedrichstr. 15, 70174 Stuttgart; medico international, Obermainanlage 7, 60314 Frankfurt; *Özgür Gündem* — Europavertretung, Sachsenring 29-31, 50677 Köln; Michael Enger, Hans-Peter Weymar (freie Journalisten), zur Zeit: *Özgür Gündem*-Redaktion, Istanbul

Aufruf der IG Medien

An bundesdeutsche Journalistinnen und Journalisten, Schriftstellerinnen und Schriftsteller

Grundrecht der Presse- und Meinungsfreiheit.

Özgür Gündem ist die letzte freie und unabhängige Stimme Kurdistans in der Türkei. Der NATO-Partner Türkei befindet sich erklärtermaßen im Krieg gegen die kurdische Bevölkerung. Dörfer werden geschleift, Menschenrechtsverletzungen und Strafexpeditionen des türkischen Militärs sind an der Tagesordnung, die Bevölkerung wird systematisch vertrieben.

Dagegen erhebt *Özgür Gündem* seine Stimme und recherchiert, wo staat-



Bosch liefert Elektronik an die Firma Daimler. Montagearbeiterin bei Bosch.

Bild: Werner Bachmeier (Arbeiterfotografie e.V.), Frankfurt.

Interessenausgleich

Gaggenau. Anfang Dezember hatte in Gaggenau die letzte Betriebsversammlung des Jahres 1993 stattgefunden. Um betriebsbedingte Kündigungen zu verhindern, wurden seit einiger Zeit Verhandlungen über einen Interessenausgleich geführt. Denn für das noch laufende Jahr 1993 und für 1994 sollen weitere 750 Arbeitsplätze abgebaut werden.

Im Betriebsverfassungsgesetz ist geregelt, daß Personalabbau in dieser Größenordnung mit dem Betriebsrat verhandelt werden muß, um wesentliche Nachteile für die Belegschaft abzuwenden. Folgende Punkte wurden angeboten und verhandelt: Keine weitere Fremdvergabe von Arbeiten, die im Werk gefertigt werden können; Rückholung von Fremdbezug in Eigenfertigung; Annahme von Fremdaufträgen; neue Beschäftigungsfelder finden und Zukunftswerkstätten aufzubauen; Quali-

fizierungsmaßnahmen während der Kurzarbeit; Übernahme aller Auszubildenden in Teilzeit, mit einem Arbeitsvertrag von 25 Wochenstunden; weitere Frühpensionierung, die auf der Basis von 55 Jahren und sieben Monaten erfolgt; Existenzgründungsdarlehen; Altersteilzeit ab 50 Jahren, halbe Arbeitszeit mit einem Bonus durch das Unternehmen von 25 %.

Nach den bisherigen drei Gesprächsrunden ist eine Einigung erzielt über die Fortführung des Ruhestandsmodells bis Ende 1994. Weiter wird die Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden vorgezogen. Die erste Stunde Arbeitszeitverkürzung wird mit 1,4 % angezählt, die zweite Stunde ohne Lohnausgleich soll durch die Übernahme der Auszubildenden abgegolten werden. Konkret sind das Lohn- und Einkommensverluste von brutto 5,6 % und netto 3,8 % pro Monat. — (gek)

Überzeit soll nur noch in Freizeit abgegolten werden. Der Betriebsrat schlug vor, Urlaubsgeld und andere Vergütungen monatlich zu verrechnen, um die Einkommensverluste aus Kurzarbeit auszugleichen. Die Werksleitung hat der Belegschaft dagegen folgenden Vorschlag unterbreitet: Der Produktionsbereich Unimog soll in eine GmbH umgewandelt werden. In diesem Produktionsbereich sind 1200 Arbeiter tätig, die jährliche Produktion liegt bei 3600 Einheiten. Nach Angaben der Werksleitung müßten 4500 gefertigt werden, um aus den roten Zahlen herauszukommen. Für 1994 sind in diesem Bereich 33 Kurzarbeitstage beantragt, in der Getriebeproduktion 25, in der Achsenfertigung, die 1994 einen Großauftrag für die Türkei abwickelt, 24 Tage. Die Lohneinbußen aus der Kurzarbeit sind also beträchtlich. — (gek)

Betriebsrat hat Samstagsarbeit zugestanden

Bericht über die Situation bei Mercedes-Benz und über die Arbeit des Gesamtbetriebsrates

Der Gesamtbetriebsrat von Mercedes-Benz und der Vorstand haben sich am 15. Dezember 1993 auf eine Vereinbarung geeinigt, die in der Linie der Vereinbarungen der VW AG und der Opel AG liegt und von Belegschaft und Betriebsräten herbe Zugeständnisse verlangt. Die streikerprobten Metaller beugten sich den Erpressungsmanövern des Vorstands, um betriebsbedingte Kündigungen zu verhindern und um den Standort Rastatt zu erhalten. Nachdem erst im September nach mehreren Kundgebungen und Protesten eine Vereinbarung über Kürzungen des Weihnachtsgeldes und weiterer Sozialleistungen abgeschlossen worden war, ist dies innerhalb eines Jahres das zweite großangelegte Kostensenkungsprogramm. Ohne Zweifel haben diese Vereinbarungen die südwestdeutschen Industriellen beflogen und sie bewogen, in den Tarifverhandlungen weitergehenden Lohnverzicht zu verlangen.

Es ging dem Gesamtbetriebsrat von Mercedes-Benz vorrangig um den Erhalt des Produktionsstandortes Deutschland auch für neue Produkte der Autoindustrie. 200 Standorte für die Fertigung des neuen Stadtautos hatte Mercedes-Benz weltweit untersucht, und fünf standen zuletzt in der engeren Auswahl: Nach Kostenrechnungen des Unternehmens hätte Pilsen in Tschechien eine Ersparnis von 200 Millionen DM pro Jahr gegenüber Rastatt erbracht und Le Havre in Frankreich eine Ersparnis von 138 Millionen DM. Außerdem war noch ein Standort in Großbritannien in der

engeren Wahl. Alle Forderungen der Geschäftsführung zur Kostensenkung gegenüber dem Gesamtbetriebsrat hatten zunächst geltende Tarifverträge berührt: So wollte die Geschäftsführung die Hälfte der bezahlten Akkordpausen von fünf Minuten pro Stunde („Steinkühler-Pausen“) in den Werken Sindelfingen und Rastatt streichen, ebenso die bezahlte halbstündige Pause im Dreischichtbetrieb und die Spätschichtzulage. Außerdem sollte samstags in zwei Neun-Stunden-Schichten gearbeitet werden.

Der Betriebsrat hatte erklärt, daß eine Verletzung der Tarifverträge mit ihm nicht zu machen sei. Teilweise wurden Betriebsräte auch persönlich erpreßt: Sie seien schuld, wenn in Rastatt 3000 Arbeitsplätze entfallen würden und in Sindelfingen ebenfalls 3000. Der Gesamtbetriebsrat war bereit, im außertariflichen Bereich Schritte zu unternehmen, und bot an, daß vier Jahre lang je ein Prozent der Tariferhöhungen auf übertarifliche Zulagen angerechnet wird, wenn die Geschäftsführung auf betriebsbedingte Kündigungen verzichtet und das neue Stadtauto in Rastatt gefertigt wird.

Der Kompromiß sieht nun folgendermaßen aus: Für die Jahre 1995 und 1996 wird für alle Mercedes-Benz-Werke je ein Prozent der Tariferhöhung verrechnet und in Rastatt wird eine Schicht auch samstags gefahren. Als Gegenleistung sollen Entlassungen bis Mitte 1995 vermieden werden. In sämtlichen Werken sollen Auszubildenden nach Ausbil-

dungsende wenigstens Teilzeitstellen angeboten werden.

Allerdings hat der Vorstand noch eine Öffnungsklausel erzwungen: Wenn der Absatz sich nicht wie geplant entwickelt und Frühpensionierungen und freiwillige Aufhebungsvorverträge nicht zum Personalabbau ausreichen, dann wird über Entlassungen neu verhandelt.

Außerdem Sindelfingen und Rastatt sind besonders die Werke der Nutzfahrzeugproduktion stark gefährdet. Mit seiner Zustimmung zur „200-Millionen-DM-Einsparung“ erhofft sich der Mercedes-Benz-Gesamtbetriebsrat auch die Sicherung dieser Standorte. Es müsse darum gehen, daß langfristig in Deutschland wirtschaftlich Autos gefertigt werden können.

Weiter steht noch das Angebot des Gesamtbetriebsrats, je nach Werk über eine Arbeitszeitverkürzung mit eingeschränktem Lohnverzicht zu verhandeln. In den Tarifverhandlungen in Fellbach am 17. 12. 1993 forderten die Arbeitgeber Lohnkürzungen von durchschnittlich 15 Prozent. Die Mobilisierung und Aktionsbereitschaft der Metaller war groß.

Aber eine unangenehme Besorgnis bleibt: IG-Metall-Bezirksleiter Zambelli forderte die protestierenden Metaller auf, den Verhandlungsräum zu verlassen, damit die Arbeitgeber ihre Forderungen auf den Tisch legen könnten und darüber verhandelt wird. Hat aber die gewerkschaftliche Verhandlungskommission den Auftrag, über Lohnkürzungen zu verhandeln? — (rkw)

HAMBURG

Hafen-Ausbildung wieder vereinbart

Hafenarbeit war immer schon schwere und gefährliche Arbeit, bei der man eine große Erfahrung brauchte. Erst 1975 war es der Gewerkschaft ÖTV-Abteilung Seehäfen in Zusammenarbeit mit dem Unternehmensverband Hafen Hamburg gelungen, eine Hafenfacharbeiterausbildung als Fortbildung einzurichten.

Diese Fortbildung wurde durch eine Prüfung vor der Handelskammer abgeschlossen. Die Hafenarbeiter, die diese Fortbildung erfolgreich durchlaufen hatten, waren Hafenfacharbeiter und waren erstmalig als Facharbeiter anerkannt. Dies hatte neben der sozialen Anerkennung auch zur Folge, daß Hafenfacharbeiter, die so kaputt waren, daß sie die Hafenarbeit nicht mehr verrichten konnten, eine Berufsunfähigkeitsrente erhalten konnten.

Jeder Hafenarbeiter, der mindestens zwei Jahre im Hafen gearbeitet hatte, hatte einen tarifvertraglichen Anspruch auf Freistellung von der Arbeit für die Hafenfacharbeiterausbildung. In dieser Zeit wurde vom Arbeitsamt nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) Lohnersatzleistung gezahlt wie bei einer Umschulung.

Nach bestandener Hafenfacharbeiterausbildung hatte jeder Hafenarbeiter Anspruch auf mindestens die Lohngruppe VI (Ecklohn) egal, welche Tätigkeit er verrichtete. Diese Hafenfacharbeiterausbildung war also auch eine Absicherung der Lohngruppe. Vom Grundgedanken her konnte jeder Hafenarbeiter die Facharbeiterausbildung machen und erhielt dann auch Facharbeiterlohn.

Mit der Änderung des AFG wird ab 1. 1. 1994 die Fortbildung zum Hafenfacharbeiter für diejenigen nicht mehr gefördert, die irgendwann in ihrem Leben mal eine Berufsausbildung gemacht haben. Auch wenn es sich um fachfremde Berufe wie Friseure, Bäcker oder Elektriker handelt. Damit war der Beruf

des Hafenfacharbeiters gefährdet. Etwa 90 % der Hafenarbeiter, die sich zum Hafenfacharbeiter fortbilden ließen, hatten bereits einen anderen Beruf gelernt. Sie konnten sich nun zwar frestellen lassen, hätten aber für die Zeit der Fortbildung (49 Tage) kein Geld erhalten. Das hätten sich die meisten Hafenarbeiter nicht leisten können. In den Verhandlungen der ÖTV mit dem Arbeitgeberverband zeigte sich, daß verschiedene Kapitalisten überhaupt keinen Wert darauf legten, die Fortbildung zu bezahlen, um dann hinterher den fertigen Hafenfacharbeitern die Lohngruppe VI bezahlen zu müssen, die gegen Abgruppierung geschützt ist. Die Forderung der ÖTV, für die Fortbildung zum Hafenfacharbeiter den Bildungsurlaubsanspruch für 4 Jahre (= 20 bezahlte Tage mit 125 % des Schichtlohns) zu nutzen, führte zur schroffen Ablehnung durch die Vertreter des Unternehmensverbandes. Als Kompromiß kam schließlich raus, daß die Hafenarbeiter 25 Tage bezahlte Freizeit (Urlaubstage, Freischichten, Abkommeln von Überstunden) einbringen müssen, während die Kapitalisten sich verpflichten, für 24 Tage eine Lohnersatzleistung in Höhe von ca. 80 % des Nettolohnes zu zahlen.

Im Vergleich zu den Gegebenheiten in anderen Branchen ist das sicherlich zu akzeptieren. Dort gibt es oft keinen tarifvertraglichen Anspruch auf Freistellung für eine Ausbildung zum Facharbeiter und schon gar nicht gibt es einen tarifvertraglichen Anspruch auf eine Entlohnung als Facharbeiter, wenn man eine Tätigkeit macht, die nicht der Facharbeiterausbildung entspricht. Für die Verhältnisse im Hafen bedeutet die neue Regelung jedoch einen großen Rückschritt. Es zeigt sich, wie unsicher ein Tarifvertrag ist, der auf die Zahlung einer staatlichen Leistung aufbaut.

In den einzelnen Hafenbetrieben gibt es Vereinbarungen, die es zulassen, daß die aufzubringenden 25 Tage Freizeit über 3 Jahre verteilt werden können. Auf dieser Grundlage haben sich doch viele Kollegen auch zu den neuen schlechteren Bedingungen für diese Fortbildung angemeldet. — (obj)

Studenten protestieren gegen Regierungspläne

Karlsruhe. 2000 demonstrierten am 9. 12. von der Uni-Vollversammlung zur CDU-Geschäftsstelle „Studium nur für Reiche — Hochschulreform so nicht!“

„Das Studium muß möglich sein, auch noch für das ärmste Schwein“. Sie protestierten gegen Studiengebühren und die Einführung einer Regelstudienzeit. Bereits am 6. 12. hatten Studenten die Eingänge zur Universität blockiert, um gegen ein „Zweiklassenstudium“ zu demonstrieren. 1000 DM Studiengebühren soll zahlen, wer ab dem 14. Hochschulsemester weiterhin eingeschrieben ist. Die Studenten bezeichnen eine Regelstudienzeit von neun Semestern als „Schmalspurstudium“, die geplante Mittelzuweisung für die Universitäten nach Abschlußnoten bedeutet die Senkung des wissenschaftlichen Niveaus. — (map)

Beschäftigungsgesellschaften gegen Armit

Frankfurt. Während einer Veranstaltung über Armut in Frankfurt forderte Dieter Hooge, Frankfurts DGB-Vorsitzender, mehr genossenschaftlich organisierte Beschäftigungsgesellschaften. Die sollen ähnlich wie die „Werkstatt Frankfurt“ mit ihren ca. 700 Personen arbeiten (jedoch ohne sozialpädagogische Betreuung) und helfen, Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Zusätzlich zum Ertrag aus der dort geleisteten Arbeit stellt sich Dieter Hooge drei Quellen der Finanzierung vor: eine Arbeitsmarktabgabe von besser Verdienenden, Zuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit und Mittel aus verstärkter Steuerfahndung. Quelle: Frankfurter Info — (udi)

Flüchtlinge zehn Tage im Hungerstreik

Hamburg. Zehn Tage lang hielten ab dem 11. 12. rund 40 Flüchtlinge in einem Wohnschiff ihren Hungerstreik durch. Sie wandten sich gegen die Abschiebungen, gegen die menschenunwürdige Behandlung auf den Wohnschiffen, beim Sozialamt und der Ausländerbehörde, gegen die Verteilung in andere Bundesländer und gegen unbegründete Verhaftungen. Im Laufe des ersten Tages fan-

den sich bis zu 200 Unterstützer bei dem Schiff ein und sorgten mit Kundgebung und Demonstration für Öffentlichkeit. Nach drei Tagen drohte die Sozialbehörde mit der Räumung der Kantine, in der sich die Hungerstreikenden aufhielten, und verwehrte Journalisten und anderen Menschen, die nicht auf den Schiffen wohnten, den Zutritt, zwei Tage später ließ sie nicht einmal Ärzte zu den Hungerstreikenden. Gruppen von Unterstützern wechselten sich bei Wachen rund um die Uhr ab, um den Kontakt zu gewährleisten. An einer zweiten Demonstration beteiligten sich 300. Dem Abbruch ging die Zusage „wohlwollender“ Prüfung jedes Einzelfalls voraus. — (scc)

Erzieherinnen protestieren

Kiel. Endliche Diskussionen mit Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Pädagogen und Erzieherinnen hat es gedauert, und am Ende rührte sich die schleswig-holsteinische Landesregierung, erst im letzten Jahr mit dem neuen Kindertagesstättengesetz Standards in Kindertagesstätten festgeschrieben zu haben. Nun kommt aus dem Sozialministerium eine Richtlinie, die wieder klappt machen soll, wofür engagierte ErzieherInnen zwanzig Jahre lang gekämpft haben. Um den Gesetzesanspruch eines jeden Kindes zwischen drei und sechs Jahren auf einen Kindergartenplatz ab 1996 erfüllen zu können, sollen angesichts knapper Haushaltssmittel Standards wieder fallen. So kann zukünftig die Gruppengröße von 21 Kindern wieder auf 25 erweitert werden. In Einrichtungen mit mehr als zwei Gruppen könnte künftig auf ein Personal-PC ebenso verzichtet werden wie auf ein eigenes Büro der Leitungskraft. Auch ein gesonderter Bewegungsraum soll nicht mehr Maßstab sein. Ganz gestrichen werden soll der Einzelraum für therapeutische Zwecke. Der Mitarbeiterkreis Erzieherinnen protestiert mit einer Unterschriftenammlung gegen die Richtlinie. — (aal, Elmshorner Gegenwart)

„Aktion statt Resignation“

Augsburg. Für den 14. Dezember haben Betriebsräte und IG Metall auch das DASA-Werk Augsburg zur Arbeit

BAD SEGEBERG**Aktion
Bürgerbegehren**

Der Kreistag Segeberg hat am 9. Dezember mit einer Stimme Mehrheit von CDU und FDP die Umwandlung der öffentlich-rechtlich geführten Krankenhäuser Segeberg und Kaltenkirchen in eine kommunale GmbH beschlossen.

In der Öffentlichkeit wie bei den in den Krankenhäusern Beschäftigten löst dies Vorhaben große Unruhe und Sorge aus. Die ÖTV-Betriebsgruppe der Kreis-krankenhäuser Segeberg und Kaltenkirchen schreibt dazu: „Bis heute gibt es keinen plausiblen Grund für diese Forderung: Die vielfach geäußerte Forderung nach größerer Eigenständigkeit und Flexibilität der Krankenhäuser bedarf keiner kommunalen GmbH. Dieses Ziel kann mit der Betriebsform des kommunalen Eigenbetriebes als öffentlich-rechtlichem Unternehmen ebenso erreicht werden.“

Befürchtet wird, daß diese Umwandlung der erste Schritt zur reinen Privatisierung ist. In der in den Gewerkschaften geführten Diskussion um dieses Bürgerbegehren werden Befürchtungen immer lauter, daß es zu Leistungseinschränkungen für die Patienten und Patientinnen kommt und diese auf andere Krankenhäuser ausweichen müssen. Dadurch würden unzumutbar weite Wegstrecken für Patienten und deren Angehörige entstehen. Die weitere Folge wäre ein Bettenabbau, besonders für Pflegebedürftige und Langzeitpatienten.

Mit einem Bürgerbegehren soll nun die Bevölkerung darüber abstimmen, daß die Kreis-krankenhäuser Bad Segeberg und Kaltenkirchen auch zukünftig in einer öffentlich-rechtlichen Betriebsform erhalten bleiben.

Im Kreistag scheiterte der Versuch von SPD und Grünen, über einen Beschuß des Kreistages das Bürgerbegehren durchzusetzen. Eine Zweidrittelmehrheit wäre erforderlich gewesen.

Somit ist es mit mit erheblichem Auf-

wand — um nicht zu sagen Schikanen — verbunden, das Bürgerbegehren auf den Weg zu bringen: 18000 Unterschriften sind erforderlich. Diese müssen fein säuberlich in Listen eingetragen sein, so daß sie von den Kreisbehörden überprüft werden können. Gültig unterschreiben darf nur, wer als wahlberechtigte Bürgerin oder wahlberechtigter Bürger im Kreisgebiet wohnt.

Die KollegInnen sind zuversichtlich: „Wir können die Privatisierung der Kreis-krankenhäuser im Kreis Segeberg verhindern. Unsere gemeinsamen Aktionen in Kaltenkirchen und Bad Segeberg haben uns sehr eindrucksvoll bewiesen, daß wir keine Fantasen sind. Mit der Unterschriftenaktion an den Kreispräsidenten haben viele Bürgerinnen und Bürger bekannt, daß sie unsere Sorgen und Angste um die Gesundheitsversorgung im Kreis Segeberg und Bestand der Arbeitsplätze mit uns teilen.“

Der DGB unterstützte vor den Weihnachtstagen am langen Samstag mit Infoständen diese Aktion. Abgabetermin der Listen ist der 2. 1. 1994. — (hel)

ESSEN**PDS/LL NRW: Gegen Drahtzieher vorgehen!**

Der Koordinationsausschuß der PDS/LL NRW hat bei seinem Treffen am 18. 12. 1993 einstimmig eine Resolution zum Terror der „Anti-Antifa“ verabschiedet.

„Rechtsradikale „Anti-Antifa-Gruppen“ haben Ende November eine Liste verbreitet, in der über 200 Namen und Adressen von Antifaschisten veröffentlicht wurden. Die Autoren rufen offen zum „Angriff“ auf die genannten Personen, Zeitungen, Zentren, Lokale und Organisationen auf. Mit dem Wort „Vorsorgen“ umschreiben sie die Anstiftung zu Verbrechen ...“

In den letzten Jahren hat es wiederholt denunziatorische Aufrufe zu Gewalttaten gegen Antifaschisten gegeben ...

Eine so umfangreiche Zusammenstellung, die auf eine weite Verbreitung zielt, stellt jedoch eine neue Stufe rechten Terrors dar. Ausdrücklich geht es den Autoren darum, viele mögliche Täter zu „Angriffen“ aufzustacheln ...

Absender und Bestelladresse des *Einblick* ist ein Postfach in Dänemark, das auch als Kontaktadresse der NSDAP/AO bekannt ist ... Die Daten für die Listen sind jedoch in der Bundesrepublik gesammelt worden. Sollten die Behörden über ihre zahlreichen Spitzel in faschistischen Gruppen davon nichts erfahren haben? Inzwischen steht sogar fest, daß die Mainzer Staatsanwaltschaft seit Monaten wußte, daß über das *Nationale Infotelefon* in Mainz zur Sammlung von Daten ... aufgerufen wurde ... Die Generalbundesanwaltschaft ermittelte zwar gegen die beiden Betreiber des *Infotelefons*. Über Maßnahmen gegen die verantwortlichen Mitwisser im Staatsapparat ist jedoch ebenso wenig bekannt wie über Maßnahmen gegen die Hintermänner der Terror-Liste.

Diese Hintermänner sitzen in den militärischen faschistischen Organisationen um die Hamburger *GdNF*. Die „Anti-Antifa-Gruppen“ werden unterstützt vom *Referat für Sicherheit (RfS)*, dem *Studentenbund Schlesien (SBS)*, der *FAP*, der *Hilfsorganisation nationaler Gefangener (HNG)*, der *Nationalen Alternative (NA)*, diversen regionalen Gruppen und neuerdings auch von der Jugendorganisation der *NPD*. Diese Gruppen sind ... vermutlich auch die direkten Anstifter und Drahtzieher der Aktion. Es ist ein Skandal, daß sie weiter ihr Unwesen treiben können ...

Der Landesverband der PDS NRW erklärt sich solidarisch mit allen, die vom faschistischen Terror bedroht sind. Er begrüßt es, daß die Betroffenen sich in mehreren Städten zusammengeschlossen haben ... Wir fordern die Behörden auf, die Bedrohungen ernst zu nehmen und den Betroffenen den von ihnen gewünschten Schutz zukommen zu lassen. Der Landesverband der PDS NRW bekräftigt die Forderung nach Auflösung und Verbot aller faschistischen Organisationen ...“ — (wof)

derlegung aufgerufen: 900 überwiegend Gewerbliche folgten dem Aufruf. In der Frühschicht legten ca. 80 % der Arbeiter die Arbeit nieder; die Nachmittagschicht blieb nahezu geschlossen der Arbeit fern. Daß sich 900 von 1200 im Werk anwesenden Beschäftigten beteiligten, wurde als positiv bewertet. Die Stützungspläne für Augsburg seien zwar vom Tisch, jedoch müsse man davon ausgehen, daß keineswegs auf Dauer gesichert sei, daß es nicht auch hier zu

Entlassungen im größeren Stil kommt; auch gelte es, Solidarität mit den Werkzeugen zu üben, die jetzt massiv von Arbeitsplatzvernichtung bedroht seien, sagten die Gewerkschafter. Nachdem es keine unbefristete Übernahme mehr für Auszubildende gibt, fordert der Betriebsrat die Erhöhung der Befristung von drei auf sechs Monate; außerdem wendet er sich gegen Fremdvergaben aus dem Werk und plädiert für Kurzarbeit statt Entlassungen. Laut dem Betriebsrats-Vorsitzenden Zitzelsberger gibt es eine Betriebsvereinbarung, nach der freitags die Arbeit ausfallen kann, um weitere Entlassungen zu verhindern. Eine weitere wichtige Forderung des Betriebsrats ist, daß das Rüstungskonversionsprojekt „Pur“, (Umweltprodukte statt Wehrtechnik) wiederlebt wird. Angeblich soll dazu im Januar ein Gespräch mit dem bayer. Wirtschaftsminister stattfinden. — (jol; Berichte aus Augsburg und Schwaben)



Stuttgart. Es gibt Hoffnung, daß die monatelangen Aktionen der Roma doch erfolgreich waren. Die von Dachau aus an das Europäische Parlament gerichtete Petition wurde vom Petitionsausschuß für zulässig erklärt, damit ist die Annahme wahrscheinlich. Jetzt wurden Anträge gestellt, die sich auf die Artikel 30 (Aufenthaltsverbot aufgrund humanitärer Gründe) und 55 (Duldung wegen Staatenlosigkeit) des Ausländergesetzes berufen. Während der Prüfung ist Abschleppstopp zugesichert. — (evc)

Bild: Kundgebung am 5. Juni 1993 in München, entnommen der Broschüre „Roma Fluchtbürg Dachau“, herausgegeben vom Münchner Bündnis gegen Rassismus.

Wohngenossenschaft gegen Spekulation**Interview mit Peter Schmidt,
Wohngenossenschaft WOGENO**

■ Die Gründung der Wogeno München wird schon länger betrieben. Wie kam es zu dieser Idee?

wenn sie uns helfen will, sind wir natürlich zu gemeinsamen Gesprächen bereit.

■ Wogeno will das Vermieter/Mieter-Verhältnis grundsätzlich verändern. Weshalb reicht Euch nicht ein sozialer Vermieter, z.B. die Kommune?

Zentrale Elemente unserer Genossenschaft sind Solidarität und Selbstverwaltung. Durch einen patriarchalischen Vermieter, der zwar sozial verantwortlich wirtschaftet, aber ansonsten alles beim Alten beläßt, wird das wieder untergraben, war wir als neue (oder wiederbelebte alte) Qualität anstreben. Durch den Zwang, sich miteinander über alltägliche Dinge der Hausbewirtschaftung unterhalten zu müssen, bleibt der Kontakt erhalten, der nötig ist, um auch andere Dinge wie Kinderbetreuung, ein Blick für alte Menschen etc. gemeinsam im nachbarschaftlichen Verbund regeln zu können. Eine Hausverwaltung, die alles richtet, führt eher zu Konsumentenhaltung und begünstigt in der Folge wieder die Vereinzelung, unter der viele leiden.

■ Wie sind die politischen Rahmenbedingungen für Wohnungsgenossenschaften?

Es herrscht allgemein ein Gegensatz zwischen politischen Lippenbekenntnissen (auf allen politischen Ebenen) und konkreten Handreichungen, die die Gründung neuer Genossenschaften erleichtern würden. Von den Altgenossenschaften darf man sich nicht zu viel erwarten, es wäre falsch, sie für die heute anstehenden Aufgaben in die Pflicht nehmen zu wollen; es müßte eher wieder ein Klima geschaffen werden, in dem sich neue

Genossenschaften wie die Wogeno etablieren können. Der Umstand, daß es die Wogeno jetzt gibt, ist weniger Ausdruck eines günstigen Klimas als eines immensen ehrenamtlichen Engagements, um das Projekt überhaupt erst einmal auf die Beine zu stellen.

Hier könnte die öffentliche Hand mehr Hilfe geben, gar nicht primär in Form von Geld als durch informelle und ideelle Unterstützung.

Auf der Bundesebene halte ich konkrete Maßnahmen eher für bedenklich. Meist werden in diesem Zusammenhang steuerliche Erleichterungen genannt, die für einzelne Genossenschaftsmitglieder ebenso gelten sollten wie die Abschreibungsparagrafen der Wohnungseigentumsförderung. Dies würde ich aber im Widerspruch sehen zu anderen Elementen der Genossenschaft. Wenn steuerliche Anreize die Gründung von Genossenschaften begünstigen würden, dann wäre ziemlich schnell der Selbsthilfekarakter wieder weg und das Terrain würde von Anlageberatern und Abschreibungskünstlern abgegrast. Auf Landesebene könnte ich mir punktuell einige Hilfe vorstellen wie z.B. Zusatzdarlehen beim Neubau oder einmalige Zuschüsse für den Gründungsaufwand — etwa analog zu Existenzgründungszuschüssen oder -darlehen (für Beratungskosten, Notar, Wirtschaftsprüfung etc.).

Die meisten Ansatzpunkte sehe ich auf kommunaler Ebene, denn im Gemeinwesen der Kommune wird die Genossenschaft ja aktiv. Natürlich denkt man da sofort an verbilligte Häuser und Grundstücke, aber es gäbe da noch viele andere Formen der Unterstützung. Die Stadt könnte uns über ihre Sozialverwaltung zusammenbringen mit sozialen Trägern, mit denen wir gemeinsam Projekte realisieren könnten. Sie könnte gemeinsam mit uns in die Quartiere gehen, in denen es auch aus der Sicht der Stadt wünschenswert ist, daß nachbarschaftliche Netze wieder aktiviert werden. Ich kann hier keinen Maßnahmenkatalog entwickeln, das will ich auch gar nicht, denn wir sind angetreten, um ohne die Hilfe der Stadt auszukommen —

■ Nach der Gründung braucht Wogeno viele Mitglieder und die ersten Wohnhäuser. Welche Ziele sind für das Jahr 1994 angepeilt?

Natürlich möglichst viele Mitglieder, die unsere Ziele teilen. Neben den Mitgliedern hoffen wir auch auf viele Menschen, die durch die Wahl ihrer persönlichen Sparform dazu beitragen, daß immer mehr Häuser der Spekulation entzogen werden können. Wir arbeiten zur Zeit mit Banken aus dem genossenschaftlichen und Selbsthilfespektrum an der Auflage eines Spar- und Beteiligungs-fonds, der Förderern ermöglicht, uns zu helfen, ohne auf bankübliche Sicherheiten verzichten zu müssen. Das Gespräch führt D. Liebig.

Kurz berichtet

Ihr Ziel: Ost-Niveau für Westteil Berlins

Im Zuge der laufenden Tarifverhandlungen für die Metall- und Elektroindustrie Westberlins erhob der Verhandlungsführer der Arbeitgeber am 15. 12. 93 die Forderung, spätestens Ende 1994 über die Angleichung der Westberliner Löhne an das Umland verhandeln zu wollen. Darüberhinaus enthielten die Kapitalisten ihre detaillierten Pläne zur Kürzung der Urlaubsgeldbezüge und Verschlechterung der Urlaubsrahmenbestimmungen noch vor den wichtigsten westdeutschen Tarifbezirken. Da die Kapitalisten und nicht die IG Metall die Tarife gekündigt haben, ist denkbar, daß diesmal die Kapitalisten den Tarifbezirk bestimmen, wo stellvertretend für die anderen der Arbeitskampf ausgetragen wird. Westberlin hat gute Chancen für die engere Auswahl, weil dies einer der am schwächsten gewerkschaftlich organisierten Bezirke ist und die Arbeitgeber deshalb davon ausgehen, hier leichtes Spiel zu haben. Folgerichtig würde diesmal die Auseinandersetzung nach dem Scheitern der Verhandlungen auch nicht mit Streik, sondern mit einer Kampfausperrung beginnen. Das wäre eine wirkliche Wende in der Tarifgeschichte der Bundesrepublik. — (brr)

IG Metall will Sanierungsverbund für Landmaschinen

Die IG Metall fordert von der Treuhand, dem Bund und den Ländern schon seit Juni 1993 die Schaffung eines „Sanierungsverbundes für die ostdeutsche Landmaschinenindustrie“, um einen der letzten industriellen Kerne in Ostdeutschland zu erhalten. Die gleiche Forderung hatten Betriebsräte aus fünf betroffenen Unternehmen in einer „Leipziger Erklärung“ erhoben. Nachdem eine Studie über die Sanierungswürdigkeit angefertigt wurde, ließen Ministerien und Treuhand lange nichts von sich hören. Mitte November 1993 erneuerten Betriebsräte ihre Forderung. Es bestünden reale Chancen trotz Überkapazitäten, einen entsprechenden Kooperationsverbund zu schaffen, um eine „faire Ost-West-Kooperation“ zu ermöglichen, wie Experten äußerten. Wesentlicher Markt für die Landmaschinenproduktion sind nach Meinung der Experten die GUS-Staaten. Mit Mitteln für Investitionen und Altlastensanierung könnten bis 1800 Arbeitsplätze erhalten werden. Quelle: Sächs. Ztg., 24. 12. — (abe)

Neuem Forum wird Denunzierung untersagt

Sachsen-Anhalt. Unter Androhung einer Strafe von 500 000 Mark untersagte am 25. 11. das Landgericht Naumburg dem Neuen Forum die weitere Veröffentlichung von Listen mit Namen von angeblichen Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) der Staatssicherheit. Am 20. 12. wies auch das Oberlandesgericht zwei Berufungsklagen des Neuen Forums ab. Es sieht in der Veröffentlichung eine schwerwiegende Verletzung der allgemeinen Persönlichkeitsrechte. Darüber hinaus bestehe an den Listen kein öffentliches Interesse mehr, heißt es in der Begründung. AZ: 4U214/93 — (har)

Mieten im künftigen Regierungsviertel in Berlin

Nach einer privat initiierten Umfrage im Berliner Zentrum rechnen 92,5 % der jetzigen Einwohner mit beträchtlichen Mietsteigerungen, wenn die Bonner Beamten sich in ihrer Nähe ansiedeln. 80,3 % ziehen sogar eine Verdrängung aus diesem Gebiet in Betracht. Die Fragebögen einer Umfrage wurden von 1105 Haushalten beantwortet. Nach Meinung der Autoren zeige sie ein „alarmierendes Bild von der Befindlichkeit der Bewohner der betroffenen Wohngebiete, das im weiteren Verfahren des Umzugs der Regierung berücksichtigt werden muß“. Schon jetzt betrage der Anteil der Miete — ohne Heizkosten — am Haushaltseinkommen 24,17 %, wobei das durchschnittliche Familieneinkommen bei 2161,78 DM liegt. Quelle: ND, 3. 12. — (abe)

Skandal im Leipziger Rathaus

Die kommunale Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB) hat einige hundert Millionen Mark aus dem Fenster geworfen. Sie investierte 1991/92 in Häuser, auf denen Rückführungsansprüche lasten. Stadtparlament und Aufsichtsrat haben ihre Kontrollpflicht nicht wahrgenommen. Für die Bezahlung der Schulden sollen nun offensichtlich die Mieter aufkommen. Ein vor Jahren in den Westen gezogener Leipziger kehrte nunmehr 70-jährig zurück und bot sich als Wohnungspolitiker mit SPD-Karriere für das Geschäftsführeramt geradezu an. Mit 180 000 Wohnungen gehört die LWB mit zu den größten überhaupt, was den treuen Rentner stark überforderte. 400 Millionen investierte der Westimport sogar in Häuser, die der LWB überhaupt nicht gehören. — (abe)



12000 Menschen ohne Wohnung sind den Berliner Behörden zu Beginn des Winters von Amts wegen bekannt, von 25000 Obdachlosen sprechen Caritas-Verband und Diakonisches Werk, darunter sind immer mehr junge Menschen und Frauen. Ihnen stehen ganze 250 Notübernachtungsplätze der „Kältehilfe“ gegenüber. Der Berliner Senat wurde aufgefordert, jährlich einen detaillierten Bericht über Armut und Wohnungslosigkeit vorzulegen. — (har)

„PDS-Wähler haben bewußt gewählt“**Interview mit Anita Tacke**

■ Zunächst einmal von der Redaktion der *Politischen Berichte* herzliche Grüße und Glückwünsche zum PDS-Wahlerfolg von Anfang Dezember.

Die Ergebnisse der Stichwahlen in Brandenburg liegen vor. Die PDS war in 26 Fällen in 11 Städten in die Stichwahl gegangen, besonders aber in den kreisfreien Städten Potsdam, Cottbus und Brandenburg. Wie beurteilst Du das Ergebnis und entspricht es den Erwartungen?

Bevor ich auf die Frage zu den Stichwahlen antworte, möchte ich noch einmal auf unser Wahlergebnis der PDS in Brandenburg insgesamt eingehen. Die PDS ist mit 21,2 % die zweitstärkste Partei nach der SPD (34,5 %) im Land.

Damit nehmen künftig 201, genau 132 männliche und 69 weibliche Mitglieder in den 14 Kreistagen und in den 4 Stadtverordnetenversammlungen (SVV) der kreisfreien Städte in den PDS-Fraktionen Sitze ein. Dazu zählen dann noch viele Mitglieder in den Gemeindevertretungen und in den SVV der weiteren Städte.

Das genaue Ergebnis aus den 1708 Städten und Dörfern des Landes liegt noch nicht vor.

Ausgehend von diesem guten Ergebnis sind wir voller Optimismus in die Stichwahlen gegangen. Unsere Erwartungen konzentrierten sich verständlicherweise auf die Landeshauptstadt Potsdam. Unser Oberbürgermeisterkandidat, Rolf Kutzmutz, unterlag in der Stichwahl nur knapp mit 45 % dem bisherigen Amtsinhaber. Dies ist in erster Linie wohl Ergebnis der Allianz aller „demokratischen“ Parteien gegen die PDS und ihre Wähler, die zwischen dem 5. Dezember und der Stichwahl zusammengezimmert wurde. Viele wählten so die Politik des geringeren Übels, nur um nicht dem PDS-Bürgermeister in Potsdam zum Siege zu verhelfen, getreu dem Motto: „Weil nicht sein kann, was nicht sein darf!“ Immerhin ist festzustellen, daß die PDS und ihre Wähler nicht ganz so stark sind wie alle anderen in der Stadt zusammen (55 % für Gramlich). Trotzdem wird künftig nichts mehr so sein wie bisher in der Stadtpolitik. Die PDS ist die stärkste Fraktion im Stadtparlament und wird das sichtbar machen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und der Stadtentwicklung.

Alle Kandidaten, die in die Stichwahl gegangen sind, haben in ihrem Wahlergebnis um 5 % zugelegt; viele von ihnen erreichten 45 % und sogar mehr; dennoch haben es nur wenige geschafft, als Sieger aus der Stichwahl hervorzugehen. So die hauptamtlichen Bürgermeister Otto Theel in Neuruppin und Dr. Herbert Burmeister in Laaske (Kreis Prignitz) und Günter Schneider in Bärenklau (Spree-Neiße).

M.E. war es völlig richtig, in den kreisfreien Städten mit PDS-Kandidaten anzutreten, denn sie konnten jeweils 1/3 aller Wählerstimmen auf sich vereinen.

Insgesamt aber war unser Bürgermeister-Aufgebot von 113 bei 1708 Gemeinden viel zu wenig.

■ Kommen wir noch einmal auf das Ergebnis in Potsdam zurück. Nach den vorliegenden Zahlen hat die PDS auch in der Stichwahl von den rund 60 % der Wahlbeteiligten 57 % der Stimmen für Rolf Kutzmutz verbuchen können. Seht Ihr das als Erfolg, selbst wenn der SPD-Kandidat Gramlich über 50 % der Stimmen erhalten hat?

Das Ergebnis in Potsdam ist auf jeden Fall ein Erfolg, auch wenn es nicht der Sieg ist. Die nationale und internationale Öffentlichkeit hat diese Tatsache zur Kenntnis genommen. Es ist auch ein Ausdruck dessen, daß sich dieser Teil der Bevölkerung keine Vorschriften mehr machen läßt, wen sie zu wählen haben. PDS-Wähler haben bewußt gewählt; sicherlich haben die alternativen Konzepte der PDS überzeugt und v.a. die vielen persönlichen Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern.

■ Haben sich gegen Kutzmutz die zusammengetan, die absolut keinen PDS-Oberbürgermeister haben wollten? Wie sieht Ihr diese Allianz und welche Aussichten hat diese „Negativkoalition“, hält sie, besonders auch unter den Bedingungen des hohen Anteils von PDS-Stimmen in Potsdam?

Die „Allianz gegen Kutzmutz“ hat letztendlich ihre Wirkung gezeigt, wenn auch nur knapp. Dazu war der SPD als Hauptinitiator jedes Mitgliet recht, angefangen von der Behauptung, daß sich bei einem PDS-Oberbürgermeister die Investoren zurückziehen würden! Zu diesem Unsinn kann man nur antworten, daß man annehmen muß, daß bereits die vergangenen 3 1/2 Jahre die PDS in der Stadt regiert haben muß, denn Investoren waren leider nur sehr zögerlich gesehen, wenn überhaupt! Bis hin zur Fragestellung, ob die Potsdamer einen Stasi-Spitzel als Oberbürgermeister haben wollten. Und dann darf man nicht erkennen, daß es um Posten und Egoismus ging bei den Regierenden in der Stadt, und wenn sie gefährdet zu sein scheinen, so greifen sie zu Unterstellungen und Verunglimpfungen.

Ich sage dem OBM Gramlich und seiner unheilvollen Allianz, die ja noch keine Koalition ist, schwierige Zeiten vor. Insbesondere möchte ich bezweifeln, daß Herr Gramlich eine Amtsperiode von acht Jahren durchsteht.

■ Welche Kommunalpolitik wird die PDS nun, nachdem der Wahlrauch sich erst einmal verzogen hat, in Brandenburg anstreben und auf welche Kräfte werdet Ihr Euch stützen? Mit welchen Kräften, z.B. auch aus dem Mittelstand, werdet Ihr bestrebt sein, zusammenzuarbeiten?

Die PDS im Land Brandenburg wird nach der Wahl genau die Politik anstreben, die sie im Wahlkampf erfolgreich vermittelt hat. Nämlich parteiübergreifende Kommunalpolitik zur Lösung von Sachfragen anstreben, Bürgermeinung und -interesse bei voller Ausnutzung aller Möglichkeiten der Kommunalverfassung zur Meinungsbildung in den Vertretungen berücksichtigen und auf jeden Fall Transparenz der Entscheidungsprozesse herstellen. Dazu muß die im Wahlkampf erreichte Medienakzeptanz genutzt werden. Die PDS-Basis in den Städten und Dörfern wird durch zahlreiche außerparlamentarische Aktivitäten die Arbeit der Fraktionen unterstützen.

Zusammenarbeit ist mit allen ange sagt, die ebenso an Sachlösungen interessiert sind, wobei wir bestrebt sind, vom herkömmlichen Schema von Koalition und Opposition abzukommen, da es sich für eine bürgernahe Kommunalpolitik oftmals als hinderlich erwiesen hat.

■ Welche Möglichkeiten, zum wirtschaftlichen Aufschwung in Brandenburg beizutragen, seht Ihr, besonders auch im Hinblick auf die Verfügungsgewalt der Kommunen über finanzielle Mittel, mit denen er eingeleitet werden müßte? Wird es nicht erforderlich sein, die Kommunalpolitik auch als Oppositionspolitik zur Landesregierung zu betreiben, von der die Kommunen doch stark finanziell abhängig sind?

Kommunalpolitik verstehen wir als Oppositionspolitik zur Landes- und Bundespolitik. Die PDS hat da besonders gute Bedingungen, da sie weder da noch dort an der Regierung beteiligt ist. Und zwingend erforderlich ist eine bessere



Foto: dpa

Finanzausstattung der Kommunen, v.a. auch brauchen sie Zuweisungen von den zweckgebundenen Mitteln, über die sie frei verfügen können. Nur so wird es ihnen möglich sein, eine aktive Ansiedlungs- und Strukturpolitik leisten zu können, um insbesondere Handwerk und Mittelstand im produktiven Bereich zu fördern.

■ Wie werden sich Landesregierung und Investoren verhalten, wenn es um die wirtschaftliche Entwicklung in den Kommunen geht, wo es „rote Rathäuser“ gibt?

Von „roten Rathäusern“ reden wir nicht, da es wohl solche gibt, siehe das Rote Rathaus in Berlin, wo wenig Politik im Bürgerinteresse praktiziert und doch wohl eher die Verwaltungsbürokratie vor. Insbesondere möchte ich bezweifeln, daß Herr Gramlich eine Amtsperiode von acht Jahren durchsteht.

■ Wie beurteilst Du das Abschneiden der rechten Parteien? Wird es dazu kommen, daß kleine Gemeinden von der Rechten in gewissem Sinne „terrorisiert“ werden und wie ist die Entwicklung im Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen zu beurteilen?

Das Abschneiden rechter Parteien ist eindeutig, der Einzug in die Kommunalparlamente ist ihnen — außer in drei — nicht gelungen, aber sie bleiben eine ernste Gefahr und ihr Wahlkampf 94 wird massenhaft bundesweit gesteuert werden. Deshalb müssen wir uns energisch der Ursachenbekämpfung rechter Absichten und Reaktionen, v.a. im sozialen Bereich, zuwenden.

■ Welches Signal haben die Brandenburger Wahlen für das Wahljahr 1994 gegeben?

Die Brandenburger Wahl hat eher die Funktion eines Seismographen gehabt. Nämlich die Stimmungen und Meinungen der verschiedenen sozialen Gruppen und Schichten in den ostdeutschen Ländern aufzuzeigen. M.E. werden Hoffnungen und wird wachsendes Vertrauen in linke Politik gesetzt, insbesondere in Alternativen zur jetzigen Politik in Bonn und den Ländern. Mit der PDS ist 1994 ganz sicher zu rechnen!

Wir danken herzlich für das Interview, viel Erfolg!

Anita Tacke ist stellvertretende Landesvorsitzende für Kommunalpolitik/Wahlen der PDS Brandenburg. Das Interview der Ostdeutschen (abe) mit ihr fand am 20. 12. 93 statt.

Demokratisierung ohne Wenn und Aber

Beitrag der PDS in der Landtagsdebatte in Sachsen-Anhalt am 2. Dezember 1993

Unser Fraktion und der Partei des Demokratischen Sozialismus ist vor allem daran gelegen, hier keine Hämme und keine Schadenfreude aufkommen zu lassen. Dazu sind die Probleme viel zu ernst. Es geht auch nicht um eine Regierungskrise. Unter den Trümmern der gescheiterten Koalitions-politik liegen im Land auch beträchtliche Hoffnungen begraben, die der parlamentarischen Demokratie überhaupt mit den Begriffen Sozial- und Rechtsstaat verbunden waren oder es noch sind. Die meisten Bürgerinnen und Bürger wollten den Aufbruch zu neuen Ufern und sie empfanden schmerzlich, nur an einem anderen Ufer gestrandet zu sein. Alte Ermüdung wurde durch neue ersetzt, Demokratie war nur ein Wahlversprechen, sagen die Leute. Das hören wir nicht selten. Wo immer Sie Reaktionen auf den neuen Magdeburger Skandal hören, wird dabei zuerst die Politik insgesamt unter harter Kritik stehen und erst dann eine Partei, in diesem Falle die CDU. Und ich finde es auch nicht verwunderlich angesichts eines zunehmenden Verfalls von politischer Kultur in der BRD und in Sachsen-Anhalt. Nur sollten sie nicht in die leichtfertige wie verantwortungslose Erklärung verfallen, die Politikverdrossenheit sei das Werk von Populisten und sensationsheischenden JournalistInnen. Sie wissen wie ich, daß wir nur die Wortprotokolle der Landtagssitzungen zu analysieren brauchen, um das Gesetz zu belegen.

Der Schaden, den das Land Sachsen-Anhalt gegenwärtig nimmt, ist nicht an Geldsummen zu messen. Mit der Ausübung ihres Amtes haben diese Regierung und die Koalitionsfraktionen unvergleichlich größeren Schaden angerichtet, als beim Mißbrauch der Ämter.

Schlechte Politik und der schmähliche Ministerabgang stehen durchaus in einer Kontinuität. Deshalb ist unsere notwendige Kritik an der Regierung auch radikaler, das heißt, an die Wurzeln gehender, als die Kritik ihrer Bezüge und Gehälter.

Die politische, wirtschaftliche und auch psychologische Situation der Bürgerinnen und Bürger sind nicht und überhaupt nicht dazu angetan, noch weitere Belastung aufzutürmen. Das Land verträgt das nicht mehr, was ihm hier zugemutet wird.

Während die Landesverfassung klar regelt, daß die Minister beim Rücktritt

des Ministerpräsidenten auch ihre Ämter verlieren, wird von Herrn Münch noch über eine Solidaritätsentscheidung geredet. Das ist pure Heuchelei. Und damit muß Schluss gemacht werden. Deshalb ist auch eine konsequente Aufklärung der Gehälter-Affäre erforderlich.

Der Schaden ist zwar damit nicht zu beheben, und ein Arbeitsloser versteht wohl auch nicht, warum 17000 DM gut und 20000 DM böse sind, aber das muß doch herauszubekommen sein, warum sonst so clevere Minister solche Fehler begehen. Macht tötet offenbar jede Sensibilität.

Was uns inzwischen entgegentritt — und zwar uns allen —, ist eine Krise des gesamten politischen Systems der Bundesrepublik. Was hier abläuft, ist etwas anderes als die bisher bekannten Regierungswechsel mit viel Theatondonner. Und ich sage dies, obwohl oder weil Regierungskrisen eigentlich außerhalb unserer Kompetenz liegen. Während sie noch immer die Vorzüge der freiheitlich demokratischen Grundordnung an Untergang der DDR messen, bröckelt das Fundament des Grundgesetzes.

Nicht wegen linker Kritik, sondern vor allem wegen der Realitätsverdrängung in der Kanzlerpartei und der Hilfestellung der anderen etablierten Parteien.

Und ich kann darüber wahrlich keine Freude empfinden, schließlich verlieren wir alle mit. Wenn dann noch PDS und Rechtsextreme in Beziehung gesetzt oder vielsagend in Vergleich gebracht werden, fügt das der politischen Kultur im Osten zusätzlich Schaden zu, siehe Mitteldeutsche Zeitung, siehe mdr-Fernsehen. Wo keine Freude über das Elend der Tage ist, lassen wir uns diese auch nicht einreden. Und wenn da wirklich Genugtuung irgendwo wäre, dann hätten wir davon auch Gebrauch gemacht, und es wäre Ihnen nicht entgangen.

Da die CDU die Hauptschuld an der politischen Krise hat, ist diese Partei nicht berechtigt, mit einer Ersatzregierung den alten Kurs nur fortzusetzen und sich damit der Verantwortung zu entziehen. Wenn Dr. Bergner behauptet, genau das Gegenteil sei der Fall, und es geht hier um Verantwortung für das Land, so muß er dabei in Rechnung stellen, dies dann gegen den Willen der BürgerInnen zu tun. Also antidemokratisch. Ich will keine unangemessenen Vergleiche ziehen, aber sie dürfen mir wirklich glauben, daß ich weiß, wie in ausweglosen Situationen der Verantwortungsgegenstand in allen Richtungen strapaziert werden kann.

Es ist auch symptomatisch, daß vor den großen politischen Rücktritten immer das unausbleibliche Chaos beschworen wird. Wir sollten uns aber bei aller Dramatik nicht selbst überschätzen. Ich will (wie mein Vorredner) auch den Versuch machen, die CDU-Fraktion doch noch umzustimmen. Sie haben als politisches Mittel jetzt nur noch die Möglichkeit, eine Landtags-Auflösung zu verhindern, weil dafür 2/3 der Abgeordneten stimmen müßten. Für eine konstruktive Politik fehlen Ihnen alle Voraussetzungen, was sie auch tun, Sie tun's für gestern, nicht für morgen. Damit ist die Kandidatur von Dr. Bergner zur trotzigen Kraftprobe gegen die Mehrheit der BürgerInnen und der Abgeordneten geworden. Diese eingetretene Situation bedeutet, daß eine Abstimmung über den CDU-Kandidaten zum politischen Haraspiel wird. Gerade die CDU-Fraktion hat in den letzten Jahren immer auf die Anerkennung demokratischer Mehrheiten gepocht. Sollte sie nicht dazu fähig sein, im Falle der eigenen Bedrängnis durch neue Mehrheiten diese anzuerkennen und vor allem die Meinung der BürgerInnen zu akzeptieren?

Der Einwand Dr. Bergners, ohne Haushaltsgesetz würde Sachsen-Anhalt im Chaos landen, kann doch damit entkräftet werden, daß der Landtag am 15. Dezember vor der Auflösungsentscheidung diesen Haushalt noch beschließt. Wir glauben auch nicht, daß Dr. Bergner dazu geeignet wäre, eine konsensfähige Politik zu gestalten und der politischen Kultur wieder zum Durchbruch zu verhelfen.

Als er vor 2 Jahren Fraktionsvorsitzender wurde, war das noch anders. Herr Dr. Bergner, ich will Ihnen keine plumpen Aufrechnung vormachen, aber es ist einfach nicht zu übersehen, daß Sie in letzter Zeit und mit wachsender Nervosität hier im Landtag Äußerungen von sich gegeben haben, die weder mit politischem Sachverstand noch mit Toleranz etwas zu tun haben. Ob Sie mir das glauben oder nicht: Mir tut es leid!

Das könnten sie gewiß auch anderen vorhalten, werden Sie entgegen, aber Sie bewerben sich um das höchste Regierungamt im Lande. Und mehrere

Die Selbstbedienungsmentalität der Minister ist die Spitze eines Eisberges“ sagte das Mitglied des Landtags Sachsen-Anhalt Hans-Jörg Krause (PDS) in seinem Beitrag auf der letzten Landtagssitzung in Sachsen-Anhalt Mitte Dezember. Er hatte als Mitglied des Finanzausschusses die Möglichkeit, in die Berichte des Landesrechnungshofes Einsicht zu nehmen. Dazu führte er aus: „Was ich dort lesen konnte, hatte meine Befürchtungen übertrffen. Bisher habe ich im Landtag und in den Ausschüssen an Einzelbeispielen des Haushaltes mehr oder

weniger nur aus einem Rechtsgefühl heraus gegen die Selbstbedienungs- und Siegermentalität der Regierenden und ihres Beraterstabes Front gemacht. Die Gehälter, die den Ministern und insbesondere den 'West'-Ministern samt ihres Beraterstabes zugeschaut wurden, empfinde ich bezüglich der Lage der Menschen Sachsen-Anhalts nicht nur als unangemessen, sondern es ist empörend und zutiefst unmoralisch, wie hier in die Tasche der Steuerzahler gerissen wird — von den 'Abschiedsgeldern' ganz zu schweigen. Auffällig ist, daß gerade in

den Ministerien der sog. Westminister auch die Trennungsgelder für ministerielle Bedienstete gegenüber 1993 außerordentlich, bis zur Verdopplung, in die Höhe schnellen sollen. Dies ist ein Skandal!“ Der Versuch, im Zuge des Gehälter-Skandals in Sachsen-Anhalt Neuwahlen des Landtages zu erreichen, wurde mit der Wahl Dr. Bergners zum neuen Ministerpräsidenten verworfen. Nachfolgend dokumentieren wir den Beitrag von Dr. Roland Claus (PDS) in der dazu geführten Debatte im Landtag von Sachsen-Anhalt. — (sta)

meiner heftig kritisierten Vorhaltungen wurden hernach von den Realitäten noch übertrffen, siehe „Regierungskriminalität“. Wenn Sie allerdings zu der Auffassung gelangen sollten, daß andere LandtagsvertreterInnen Sie zu intoleranten Aussagen gebracht hätten, dann müßten Sie erst recht für Auflösung und Neuwahl des Landtages plädieren. Alles in allem kann die CDU wohl nur dadurch weiteren Schaden vom Land abwenden, daß sie sich nicht länger Neuwahlen in den Weg stellt.

Die PDS bleibt bei ihrem Vorschlag, daß die SPD einen Gegenkandidaten zu Dr. Bergner hätte aufstellen sollen. Natürlich wäre dieser Schritt mit Risiken verbunden. Das Schwierigste wäre wohl eine Situation, in der Dr. Höppner Ministerpräsident einer Übergangsregierung ist, den Landtag nicht auflösen kann und mit unsicheren Abstimmungen rechnen muß. Allerdings bedeutet ein Verzicht der SPD auf einen Gegenkandidaten, daß Dr. Bergner als Ministerpräsident riskiert wird und die CDU Neuwahlen ebenso verhindert.

Im Interesse eines glaubwürdigen Neuanfangs sollte es Dr. Höppner unseres Erachtens wagen. Er verliert doch auch nicht, wenn dieser Landtag ihn nicht wählt, aber er hätte wenigstens einen Versuch unternommen. Die bekannt gewordene SPD-Nichtbeteiligung ist

das Einverständnis der Flucht vor Verantwortung. Die Kandidatur von Herrn Tschiche, die unsere Fraktion unterstützte, ist gemessen an den Realitäten im Landtag weit weniger aussichtsreich als eine SPD-Kandidatur. Sie nimmt der SPD und der F.D.P. auch einen gewissen Entscheidungsdruck. Es wundert uns schon, daß Dr. Höppner, der sich sonst so vehement gegen die Spielregeln der herkömmlichen Politik verwehrt, gerade in dieser Frage genau so handelt, als hätte er diese Regeln schon sehr lange geübt. Schließlich bleibt die Abwägung Sache der SPD, wir haben ihre Entscheidung zu respektieren. Wir haben einen Vorschlag gemacht, mehr steht uns nicht zu, aber auch nicht weniger. Es muß angesichts der politischen Krise darauf hingewiesen werden, daß Neuwahlen jetzt zwar dringend nötig sind, aber unsere Schwierigkeiten dadurch auch nicht geringer werden. Da dürfen wir auch keine falschen Versprechen abgeben.

Auch ein neugewählter Landtag kann

nicht die Arbeitsplatzvernichtung und die persönliche Erniedrigung Tausender ungeschehen machen. Und je deutlicher von der großen Koalition gesprochen wird, desto weniger stärkt das den Glauben an Besserung und demokratische Erneuerung. Wo das Sozialstaatsprinzip in neuen Dimensionen beschnitten wird, der Rechtsstaat im Inneren eingeschränkt wird und Westeuropa sich nach außen isoliert, da sind nicht neue Mehrheiten für alte Politik notwendig, sondern neuartige Überlegungen zum Gebrauch von Politik überhaupt. Wir brauchen nicht die große Koalition der Grundgesetz-Einschränkungen, sondern die große Koalition für den Erhalt und den Ausbau demokratischer Rechte der BürgerInnen und Bürger.

Die PDS vergibt dabei nicht, warum wir allen Grund hatten, uns 1989/90 bei den BürgerInnen der DDR zu entschuldigen. Und der Umgang mit Schuld und Verantwortung hat sich mit der Entschuldigung auch nicht erledigt. Wir wollen auch vor diesem Hintergrund dafür eintreten, daß BürgerInnen und Bürger wieder Vertrauen in Politik setzen können. Das wird aber nur mit einem demokratischen Neuanfang möglich sein, und das in der gesamten Republik.

Sachsen-Anhalt ist schon bis hierher ein Signal, ein Alarmsignal allemal. Wenn unser aller Umgang mit dieser bedrohlichen Situation zu einem Signal der politischen Vernunft würde und das dann bundesweit im Sinne gravierender politischer Veränderungen aufgenommen werden könnte, dann hätten wir etwas ganz Wichtiges erreicht.

Damit der Weg offen bleibt für diese Vision (wie ich zugeben muß), bitte ich Sie im Sinne der politischen Vernunft und der BürgerInnen und Bürger des Landes hier zu beschließen. Allgemeine Ablehnung von Politik und parlamentarischer Demokratie, so sehr sie auch momentan populär zu sein scheint, kann nur den extremen Rechten nützen.

Die PDS setzt auf Demokratisierung ohne Wenn und Aber. Die Landtagsfraktionen sollten jetzt an ihrer Lösungskompetenz gemessen werden, nicht an ihrem Klagevermögen. Und Neuwahlen müssen her.

Quelle: Landtagsbericht PDS Sachsen-Anhalt, Nr. 13 und 14-93. Zu beziehen bei: PDS-Fraktion im Landtag, Domplatz 6/7, 39104 Magdeburg, Tel. 0391/5605003.

Berlin und Brandenburg

Die Fusion der beiden Länder wird immer fraglicher

Die geplante Präsentation des Entwurfs für einen Staatsvertrag zur Fusion der Länder Berlin und Brandenburg am 21.12.93 fand nicht statt. Damit gerät der Zeitplan durchaus, nach welchem im Frühjahr 94 die Befassung in beiden Landesparlamenten und parallel zur Bundestagswahl im Herbst die Volksabstimmung über ein gemeinsames Bundesland erfolgen sollen. Im brandenburgischen Kommunalwahlkampf spielte die Länderfusion keine wesentliche Rolle. SPD und CDU brachten das Thema lieber nicht zur Sprache. Jetzt versuchen Berliner CDU-Mitglieder die Tatsache, daß die PDS zweitstärkste Kraft in Brandenburg geworden ist, als Argument gegen eine Fusion zu benutzen. Obwohl man dies getrost als Vorwand bezeichnen kann, gibt es genügend andere Gründe, die gegen eine (zumindest schnelle) Fusion sprechen (vgl. PB 22/93).

Zum Stand: Die Untersuchung eines umfanglichen Zwischenberichtes über die Verhandlungsergebnisse zeigt, daß diese sehr mager sind. Über die Streitpunkte wegen der Bezirksverfassung hatten wir schon berichtet. Fast 90 % des Berichtes macht der Abdruck von Wahlvorschriften aus, wie sie in jedem Wahlgesetz gefunden werden können. Bei den Sachproblemen aber wird es dünn. Zu

den Finanzen heißt es: „Die Grundsätze der Finanzmittelverteilung, der Abschichtung von Landes- und Kommunalaufgaben im Hinblick auf ihre Finanzierung, der kommunale Finanzausgleich sowie die Zuordnung von Vermögen und Verbindlichkeiten werden derzeit noch bearbeitet.“ Aus einer Untersuchung des DIW (Wochenbericht 38/93) geht hervor, daß hier erhebliche Probleme liegen. Aufgrund der gültigen Regelungen für Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen würden einem gemeinsamen Bundesland ungefähr 4,7 Mrd. DM weniger zufließen, das ist immerhin ein Siebtel aller Steuereinnahmen beider Länder. Das in einer Situation, wo die Belastungen der Haushalte durch Schuldzinsen steigen: in Berlin von 3,8 % im Jahr 1992 auf 13 % im Jahr 1998; in Brandenburg müssen ebenfalls jährlich ca. 5 Mrd. DM aufgenommen werden. Angesichts dieser Haushalt- und Schuldentlastung ist un schwer vorstellbar, welcher Sprengstoff in der Aufteilung der Schulden (und Vermögen) liegt. Die PDS hat im Abgeordnetenhaus angekündigt, das fusionierte Land werde auf 15 Jahre finanziell so gestellt werden (müssen), wie es ohne die Fusion die zwei Länder wären. Aber er hat auch gesagt, daß dies den Bund nichts kosten wird. Nicht hat er gesagt,

wie das Ganze funktionieren soll.

Zur Landesentwicklung ist das Papier auch nicht aussagekräftiger als zu den Finanzen. Zur Personalentwicklung heißt es: „Die Bereiche Personal des gemeinsamen Landes, Höchstgrenzen, Grundsätze und Verfahren der Personalzusammenführung, gemeinsame Einrichtungen, Versorgungsleistungen usw. werden ebenfalls noch bearbeitet.“ Das DIW hat hier einen Vergleich mit den Verhältnissen in Westdeutschland angestellt und kommt zu dem Ergebnis,

dass in Berlin 60 000 von 220 000 Stellen abgebaut werden müßten. Aufgrund der sozialen Probleme in der Stadt ist dies eine offensichtlich unsinnige Forderung. Das spricht das DIW z. B. für den Hochschulsektor, der dann ja drastisch reduziert werden müßte, auch deutlich aus. Es ist aber nicht ersichtlich, wie eine Länderfusion zur Lösung dieses Problems beitragen könnte.

So unwahrscheinlich die Länderfusion im Augenblick erscheint, so ist sie doch nicht ausgeschlossen: Für die Kon-

zerne ist es verlockend, ein Groß Berlin mit rund 4,5 Millionen Menschen für ihre Planungen zur Verfügung zu haben und ein brandenburger Hinterland für Müll, Erholung und Billigproduktion. Statt der hochfliegenden Vereinigungspläne wäre es angebracht, daß endlich bei der Entwicklung der Region kooperiert wird und Senat und brandenburgische Landesregierung Abmachungen treffen, wie der Städtering um Berlin zu gewichtigeren Regionalzentren entwickelt werden kann. — (chk/har)

ÖTV-Berlin zur Fusion: „Vernetzung vor Vereinheitlichung“

„Vernetzung vor Vereinheitlichung. Gemeinsames Land Berlin-Brandenburg in weiter Ferne“ — tituliert die Gewerkschaft ÖTV Berlin ihre Presseerklärung anlässlich der Aktuellen Stunde im Berliner Abgeordnetenhaus. Nach Berechnungen des DIW fallen bei einer Fusion allein in Berlin 60 000 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst weg, das entspricht mehr als 25 %. Der Senat könnte also nicht erwarten, „daß die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu einer Entscheidung für ein gemeinsames Land Beifall

klatschen würden“. Angesichts von 300 000 verloren gegangenen Arbeitsplätzen allein in Ostberlin und 140 000 im verarbeitenden Gewerbe in Brandenburg würde diese Situation nochmals enorm verschärf. „Daher kann über eine Fusionierung erst nachgedacht werden, wenn alternative Arbeitsplätze angeboten werden.“ „Hierzu ist es vor allem erforderlich, die Forschungsergebnisse der Hochschulen und Wissenschaftsinstitute in die Industrie einfließen zu lassen, um damit zur schnelleren Anwendung von

Forschungsergebnissen zu kommen und mit neuen Produkten und Produktionsverfahren den Wirtschaftsstandort Berlin-Brandenburg zu optimieren.“ „Die Brandenburger fürchten sich vor dem Moloch Berlin, sie haben Angst, innerhalb der Metropole Berlin unterzugehen, und die Berliner fürchten mit einer dezentralen Konzentration geschwächt zu werden ... Alles in allem ist die Fusion bisher ohne Fundament und unausgegoren, damit ist eine Vereinheitlichung zum jetzigen Zeitpunkt nicht akzeptierbar.“

Auf dem Weg in den Dritten Weltkrieg?

Zur Außenpolitik des deutschen Imperialismus von Dr. Wolf-Dieter Gudopp (Leseprobe)

Am 26. April 1993 machte *Der Spiegel* mit dem Titel auf: „Deutsche in den Krieg? Der Somalia-Trick.“ Am 30. April folgte *Bild*: „Sie müssen in den Krieg. Bundeswehr: Die 1. Soldaten nach Somalia.“

Solche Schlagzeilen wären wenige Wochen zuvor noch undenkbar gewesen. Die Vermutung liegt nahe, daß die erstaunliche Sprache etwas mit den Gedankengängen des zuständigen Bundesministers Volker Rühe zu tun hat, der verschiedentlich erklärte, die Deutschen seien auf militärische Aktionen nicht vorbereitet und müßten erst allmählich daran gewöhnt werden, vor allem auch an die Realität von „Verlusten“.

Die FAZ veröffentlichte am 19. März 1993 ganzseitig ein von Außenminister und Ex-BND-Chef Klaus Kinkel namentlich gezeichnetes Grundsatzprogramm, in dem die Eckpunkte der Außen- und Weltpolitik Deutschlands definiert werden. „Zwei Aufgaben gilt es parallel zu meistern: Im Innern müssen wir wieder zu einem Volk werden (ich dachte, wir seien's, und deswegen sei die DDR angeschlossen worden!), W.-D.G.), nach außen gilt es etwas zu vollbringen, woran wir zweimal zuvor gescheitert sind: im Einklang mit unseren Nachbarn zu einer Rolle zu finden, die unseren Wünschen und unserem Potential entspricht. Die Rückkehr zur Normalität im Innern wie nach außen ... Wir sind aufgrund unserer Mittelstellung, unserer Größe und unseren traditionellen Beziehungen zu Mittel- und Osteuropa dazu prädestiniert, den Hauptvorteil aus der Rückkehr dieser Staaten nach Europa zu ziehen. Dies gilt nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Stellung der deutschen Sprache und Kultur in Europa.“ (Hervorhebungen von mir, W.-D.G.) Die Nachbarn Deutschlands, die sich an die „Normalität“ Deutschlands erinnern, werden diese unmissverständlichen Sätze mit wachem Interesse lesen, innerhalb der Grenzen sollte man's auch tun.

Kinkels Worte nehmen die zentralen Parolen der sogenannten Historikerdebatte der achtziger Jahre auf, die ihrerseits eine gewisse Funktionsähnlichkeit mit den von Friedrich Naumann, Theodor Heuss, Max Weber und anderen nach dem Ersten Weltkrieg betriebenen Propaganda in Sachen Kriegsschuldvorwurf aufwies. Ihre Quintessenz lautet: Deutschland sei wirtschaftlich ein Riese, politisch aber ein Zwerp; die Verbrennen des faschistischen Deutschland seien im Hinblick auf die Verbrechen anderer Staaten zu relativieren, und die Schuld am Krieg sei — mindestens — geteilt und Deutschland nicht nur Täter, sondern auch — beziehungsweise in erster Linie — Opfer; wir müßten endlich aus dem Schatten der Vergangenheit, aus dem Schatten Hitlers heraustreten und wieder zur Normalität übergehen. Bundeskanzler Kohl meinte, unsere Geschichte und unsere geographische Lage in der Mitte Europas würden uns eine größere Verantwortung geben und verlautbarte in seiner Regierungserklärung am 30. Januar 1991: „Deutschland hat mit seiner Geschichte abgeschlossen, es kann sich künftig offen zu seiner Weltmachtpolitik bekennen und sollte diese ausweiten.“¹

Wo also stehen wir, was ist unser geschichtlich-politischer, unser welt-politischer Ort? Die vorsichtige Vermutung ist: *Mit guten Gründen kann oder muß davon gesprochen werden, daß wir derzeit den Übergang zum dritten imperialistischen Weltkrieg erleben*, daß der Dritte Weltkrieg begonnen hat — oder anders formuliert: daß der Übergang in den Weltkrieg in seine heiße Phase eingetreten ist.

Von solchen Formulierungen muß man einen verantwortungsbewußten und das heißt auch: einen sparsamen Gebrauch machen. Wie es weitergeht, ob der Krieg weiter entfaltet und gesteigert wird, ist nicht entschieden; die Formulierung darf nicht ausschließen, daß andere Entwicklungsmöglichkeiten zum Vorschein kommen können, und sollte im Gegenteil letzteres begünstigen. Es ist vom Beginn der Rede, es handelt sich um einen Übergangsprozeß. Hier will die ganze Dialektik des Übergangs bedacht werden, die kein einfaches Ja oder

Nein kennt. Zur Eigenart von geschichtlichen Übergängen und ihrer dynamischen Einheit von Wirklichkeit und Möglichkeit gehört es, daß nicht exakt datiert werden kann.

Die Schwierigkeit, eindeutig zu datieren, wird augenfällig, wenn wir aus der historischen Distanz nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs fragen: Begann er mit dem deutschen Angriff auf Polen 1939? Oder schon mit dem Spanienkrieg 1936, oder mit dem Anschluß Österreichs 1938?

„Weltkrieg“ ist ein qualitativer, kein quantitativer Begriff; die wirtschaftliche und politische Organisation der „Welt“, der Erde, der menschlichen Gesellschaft steht zur Disposition. „Weltkrieg“ setzt voraus, daß die Erde, daß die menschliche Gesellschaft in hohem Maße zu einer — allerdings äußerst widersprüchsvollen — Einheit geworden ist. Die Erde kennt keine „weißen Flecke“ außerhalb erdumspannender Interessen-Kalküle mehr. Erst unter dieser Bedingung hat es einen Sinn, prägnant von „Weltkrieg“ zu reden, wie auch erst an diesem weltgeschichtlichen Ort „Weltfriede“ real möglich wird.

Der *Tatbestand* der Neuauftreibung der Erde in diesen Jahren ist weithin unbestritten. Die Weltmärkte werden neu aufgeteilt, und wir wollen dabei sein, sagt Edzard Reuter, und mahnt, „wir“ dürfen nicht den Amerikanern die Rolle des Weltpolizisten allein überlassen. Den gleichen Sachverhalt meint auch der interessanterweise wie eine gesetzmäßige Notwendigkeit formulierte Satz des Ministers Rühe: „Unsere wirtschaftliche, technologische und finanzielle Leistungsfähigkeit lassen eine Selbstbeschränkung deutscher Außenpolitik nach dem alten Muster nicht mehr zu.“²

Während der letzten Nachkriegszeit bestand im Verhältnis der beiden großen Machtblöcke ein ungefähres militärisches Gleichgewicht; heute ist das anders. Die friedensstabilisierende sowjetische Weltmacht existiert nicht mehr. Es gibt viel zu holen, und keine starke Gegen-Staatsmacht sagt Halt.

Der Historiker Peter Scherer teilte kürzlich mit: „Die Broschüre „Zerrbild Deutschland“ des Deutschen Instituts-Verlags der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (1992) schließt nicht einmal einen Krieg zwischen Deutschland, England, Frankreich und den USA aus ihrem „realistischen“ Paradigma der internationalen Beziehungen“³. Wahnsinnsgedanken? Ja, es sind „Gedanken“ des Wahnsinns, der Europa und die Welt mit zwei Weltkriegen und unzähligen „kleineren Kriegen“ überzogen und Millionen Menschen umgebracht hat.

Zu den strukturell wesentlichen Zielen des imperialistischen Expansionismus gehört, sich der wichtigsten Energie- und anderer Rohstoff-Vorräte auf der Erde zu bemächtigen und sie damit zugleich dem Zugriff der Konkurrenz zu entziehen.

„Mitteleuropa“ und Erster Weltkrieg

In der Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs nimmt der 1903 in Angriff genommene Bau der *Bagdad-Bahn* einen hervorragenden Platz ein. Die *Bagdad-Bahn* war ein strategisches Großprojekt erster Ordnung; finanziert wurde es von der Deutschen Bank. Die Deutsche Bank war vor allem die Bank der Elektro- und Chemieindustrie, der „neuen“, sich von den „alten“ schwerindustriellen unterscheidenden Industrien.

Der Kolonialpolitiker und Aktivist für das „Auslandsdeutschland“ Paul Rohrbach schrieb 1902 in seinem Buch „Die *Bagdad-Bahn*“ „vom deutschen Weg zur Weltgeltung“: „Einzig und allein eine politisch und militärisch starke Türkei ermöglicht uns, dafür zu sorgen, daß die großen Aussichten, welche sich in den Ländern am Euphrat und Tigris für die Vergrößerung unseres Nationalvermögens und die Verbesserung unserer wirtschaftlichen Bilanz bieten, auch

wirklich mit einiger Sicherheit in die Sphäre der realen Existenz übergehen könnten. Für eine schwache Türkei keinen Pfennig, für eine starke, soviel wie nur irgend gewünscht wird.“⁴ Im kaiserlichen Berlin wurde eine Moschee gebaut.

Wenn man sich die Richtung der *Bagdad-Bahn* vergegenwärtigt, hat man die Grundlinie der primären Expansionsrichtung des deutschen Imperialismus erfaßt. Zu deren Konsequenz gehört notwendigerweise die Sicherung dieses „deutschen Wegs“; folgerichtig gehört es zum Kern der Strategie, die südosteuropäischen Länder, die auf dem Weg oder am Wegesrand liegen, unter deutsche Kontrolle zu bringen.

Nun wird die Kontrolle dieses Weges nicht gelingen können, wenn an der nördlichen Flanke ein starkes Rußland existiert. Aus dieser Überlegung heraus formulierte der schon erwähnte Paul Rohrbach seine „Orangen-Theorie“, deren bildhafte Lehre demonstriert, daß das Zarenreich in seine Teile zerlegt werden könnte wie eine Orange: wenn man eine Orange geschickt auseinander nimmt, entsteht daraus kein unbrauchbares Chaos, keine Zerstörung, sondern die einzelnen Scheiben bleiben appetitlich intakt. Die „Orangen-Theorie“ ist also das Programm, das russische Reich in seine einzelnen Bestandteile aufzulösen und wenigstens in Teilen für den westlichen Nachbarn kontrollierbar zu machen.

Am 28. Juni 1914 fielen die Schüsse in Sarajevo. Berlin, das 1913 die türkische Armee reorganisiert und 1914 einen Ge-

ropa“ heißt, ist vielleicht das einschneidendste Ergebnis des Krieges. Daher sind in Deutschland der Vertrag von Versailles und die Folge-Verträge zum Inbegriff dessen geworden, wogegen sich der deutsche Widerstand beharrlich zu wenden hat, und der Begriff „Widerstand“ wurde während der Weimarer Republik durch eben diesen Widerstand (also nicht etwa in einem demokratischen, antifaschistisch-patriotischen Sinn) definiert, bis dann der „Volkskanzler“ Hitler aus Österreich diesem Widerstand zum Erfolg verholfen hat.

Der Kaiser ging, die Generäle — und nicht nur sie — blieben. General von Seeckt Ende 1918: „Wir müssen wieder mächtig werden, und sobald wir wieder Macht haben, nehmen wir uns natürlich alles wieder zurück, was wir verloren haben.“⁵ General Groener, später unter anderem Reichswehrminister (1928-1932), 1919: „Wenn man um die Welt herrschaft kämpfen will, muß man dies von langer Hand her vorausschauend mit rücksichtsloser Konsequenz vorbereiten. ... Dazu gehört aber, daß der Grund und Boden, auf dem man steht, im Innern wie nach außen, fest und unerschütterlich bleibt.“⁶ (...)

1945: „Neuanfang“ = neuer Anlauf“

Hitler ging, die Generäle, und nicht nur sie, wurden bald wieder gerufen. Der

erklärte: „... die deutsche Einheit ... umfaßt ... außer Deutschland auch Österreich, einen Teil der Schweiz, der Saar und Elsaß-Lothringen.“⁷ Fast alle Ministerkollegen (Seeböhm, Oberländer, Bundestagspräsident Ehlers usw.) erblickten öffentlich deutsches Territorium im Osten, im Süden, aber auch im Westen weit außerhalb der Grenzen, und Adenauer selbst interpretierte die Wiederaufrüstung als die Vorbereitung einer „Neuordnung Osteuropas“ und forderte junge Bauern auf, sich für die Kolonisierung des Ostens bereitzuhalten — „ich habe das Wort „wieder zu kolonisieren“ sehr bedacht ausgesprochen.“⁸

1950 wurde erstmalig der „Karlspreis“ der Stadt Aachen verliehen, der Symbolpreis für Verdienste um das „christliche Abendland“ im Hinblick auf die die deutsche und die französische Geschichte vereinende Gestalt Kaiser Karls des Großen. Wer war der erste Preisträger? Graf Coudenhove-Kalergi. 1971 wird Coudenhove in einem Buch mit dem Titel „Weltmacht Europa“ seiner Lebensarbeit an der Definition Europas fortsetzen: Nach der Konferenz von Jalta bilde der „Eiserne Vorhang“ die Ostgrenze Europas, die Türkei bleibe dabei europäisch⁹; dem eigentlichen Europa schließe sich bis zur Westgrenze der Sowjetunion die Region an, die Coudenhove in Anlehnung an Giseler Wirsing „Zwischeneuropa“ nennt und dessen Bestimmung es sei, Europa angeschlossen zu werden.¹⁰ Coudenhove beschwört das europäische Kulturbewußtsein und die Besinnung auf die Einheit der europäischen Rasse, der „Gemeinschaft des Blutes“¹¹, und zudem sei Europa „plötzlich unter der bolschewistischen Bedrohung auch zu einer Schicksalsgemeinschaft geworden“¹². Die Ost- und Südostgrenze dieser Kultur-, Bluts- und Schicksalsgemeinschaft verläuft zuweilen eigenartig, beispielsweise mitten durch Jugoslawien hindurch: „Nur die Vorfahren der Kroaten und Slowenen gehörten dem Weströmischen Reich und der katholischen Kirche an; sie sind daher echte Europäer.“¹³ Muß Serben sterben?

Das Vorwort zu Coudenhoves Buch schrieb Franz Josef Strauß, Autor eines „Europa“-Buches auch er („Entwurf für Europa“)¹⁴. Strauß tritt mit seinem Buch für ein geeintes und nuklear gerüstetes Europa in „gleichberechtigter Partnerschaft zu den Vereinigten Staaten“¹⁵ und für die „Veränderung des „Status quo“¹⁶ ein. „Nur eine west-europäische Gemeinschaft schafft die Ausgangsbasis für eine Politik, mit der die Demarkationslinie der Kriegskonferenz von Jalta beseitigt werden kann.“¹⁷

Die Regierung der USA kann gelehrt sein. Sie begriff, was „Mitteleuropa“ im gemeinsamen Kampf gegen die sozialistischen Staaten Europas bedeutete. 1983 verwandte der damalige Vizepräsident Bush in einer programmativen Rede zur Destabilisierung Osteuropas „Mitteleuropa“ als deutsches Wort¹⁸; daß er die Rede ausgerechnet in Wien gehalten hat, zeigt, daß er wußte, wovon er sprach. Das politisch-ideologische Leben wurde in der Bundesrepublik während der achtziger Jahre übrigens nicht nur von der Friedensbewegung und der „Historiker-Debatte“ samt deren philosophischer Abweichung zur Heidegger-Debatte mitgeprägt, sondern auch von einer umfangreichen, wenn auch nicht so breit wahrgenommenen „Mitteleuropa-Diskussion“ unter Politologen, Historikern und Politikern. Die Gleichzeitigkeit wird kaum zufällig sein; alle drei Themen bzw. Bewegungen sind eng miteinander verwandt.

Nicht in den USA, sondern spezifisch in Deutschland verbinden sich Mitteleuropa- und Orangentheorie häufig mit der „nationalrevolutionären“ Ideologie, der in der Regel eine direkt antiamerikanische Stoßrichtung eigen ist. Das dieser Argumentationsstrecke zugrunde liegende Muster sieht ungefähr so aus: Deutschland war nach dem Ersten Weltkrieg mit „Versailles“ das vom „Westen“ von Frankreich und den USA, kurz von „Imperialismus“ am meisten geknechtete Land geworden. Die „nationalrevolutionäre“ Strategie gibt sich strikt „anti-imperialistisch“. Die „Knechtung“ Deutschlands nach dem Zweiten Welt-



Der Verein Wissenschaft & Sozialismus e.V. Frankfurt am Main befaßt sich mit theoretischen Fragen der Philosophie und Weltanschauung, der Geschichte, Politik und Ideologie sowie der modernen Naturwissenschaften. Seine wesentlichen Aktivitäten sind Wissenschaftliche Arbeitsgespräche, Seminare, Kolloquien, Publikationen.

heimvertrag mit dem osmanischen Reich abgeschlossen hatte, drängte Wien mit Erfolg in den Krieg gegen Serbien. Kaiser Wilhelm II. kannte keine Parteien mehr, er kannte nur noch Deutsche. Aus Rom berichtete der Gesandte Österreich-Ungarns beim Vatikan am 28. Juli, dem Tag der Kriegserklärung Österreich-Ungarns, nach Wien, Pius X. unterstützte die K.u.K.-Politik; der vatikanische Staatssekretär de Val hätte sich den Schlag allerdings schon früher gewünscht: „Im Verlauf der letzten Jahre hat seine Heiligkeit mehrmals das Bedauern geäußert, daß Österreich-Ungarn es unterlassen habe, seinen gefährlichen Nachbarn an der Donau zu züchten.“¹⁸ Der Erste Weltkrieg begann. „Jeder Stoß ein Franzos“, jeder Tritt ein Brit, jeder Schuß ein Rus, und Serbien muß sterben“, so lautete die Kriegslosung der deutschen Propaganda. „Serbien muß sterben“ — das Rußland verbandene und gegenüber dem Sultan wie gegenüber Habsburg nationalstolze Serbien lag nicht nur am Weg, sondern gerade deswegen auch im Weg; es störte zusammen mit dem angrenzenden Montenegro den „freien“ Durchmarsch in Richtung Konstantinopel, Bagdad und weiter nach (Süd-)Osten ebenso wie in Richtung Kaukasus und zum Öl von Baku am Kaspischen Meer.

Die skizzierte Blickrichtung des deutschen Imperialismus erhielt ihre „klassische Ausformulierung unter dem Namen „Mitteleuropa“ (...)

Die Zwischenkriegszeit

Nach Kriegsende sah das die siegreiche Entente ähnlich, allerdings vom entgegengesetzten Interessenstandpunkt aus. Sie arbeitete darauf hin, daß eben dieser Gewinn des Reiches auf eine Weise definiert wurde, daß eine künftige Neuauflage strukturell unmöglich macht. Die gründliche Zerschlagung dessen, was deutsch-imperialistisch „Mitteleu-

Krieg erfolgte – analog zum Versailles-System – mittels des „Systems von Jalta“ und als dieses System vor allem durch die USA und den sowjetischen „Imperialismus“. Der Kampf der deutschen Freiheitsbewegung für eine „gerechte Friedensordnung“ muß sich also gleichermaßen gegen beide „Supermächte“, gegen Ost und West richten, wobei mal die eine, mal die andere Himmelsrichtung Vorrang genießt, mit dem Ziel der Überwindung des „europäischen status quo“, der „Überwindung des Systems von Jalta“. Das Muster war auch in der deutschen Friedensbewegung der 80er Jahre weithin gängig.²³

Das „nationalrevolutionäre“ Kalkül ist den bundesdeutschen Regierungen seit langem (seit der Regierung Brandt?) inbegriffen. In der letzten Bundestagsrede Richard von Weizsäcker vor seiner Wahl zum Bundespräsidenten lobte er den „nationalrevolutionären“ Ideologen Wolfgang Venohr.²⁴ Helmut Kohl pflegt mit dem Gestus einer politischen Demonstration das Einvernehmen mit Ernst Jünger (seinerseits Heidegger-Freund), dem „Dauerplatzhalter“ (Opitz) der „Nationalrevolutionäre“.

1989: Ende der Nachkriegszeit

Gleich nach dem Anschluß der DDR beginnt, wie zu erwarten, die Zerschlagung der Tschechoslowakei in ihre beiden Teile, und ebenso wenig originell erkämpft sich gleich zu Beginn deutsches Kapital (VW) gegen die französische Konkurrenz die Kontrolle über Skoda in Pilsen. Mit seinem ausgesprägten Sinn für politische Symbolik empfängt Bundespräsident v. Weizsäcker seinen Kollegen Havel, damals noch Präsident der gesamten tschechoslowakischen Republik, zu dessen erstem Staatsbesuch in der Bundesrepublik nicht gemäß protokollarischen Geplögenheit in der Hauptstadt Bonn, sondern in München! Schlimm genug, daß Havel darauf eingeht; er hält es auch für nötig, das Grab des Führers der faschistischen Slowakei, Tiso, zu besuchen.

Am 5. August 1992 zitieren die „Fürstenfeldbrucker Neueste Nachrichten“ Edmund Stoiber: „Kohl vollendet das, was Kaiser Wilhelm und Hitler nicht erreicht haben. Wenn die Grenzen zwischen Deutschland und Österreich, Deutschland und der Schweiz fallen, dann ist der gesamte deutschsprachige Kulturräum beieinander.“

Substanzieller Bestandteil aktivierter deutscher Freiheit im Bund mit Österreich und Ungarn ist die Zerschlagung Jugoslawiens.²⁵ Noch im Mai 1991 hat die Sowjetunion mit der – sehr starken – jugoslawischen Armee ein Abkommen über die Nutzung jugoslawischer Marine-Stützpunkte geschlossen; Ende Juni folgen die Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens.²⁶ Slowenien und Kroatien beginnen einen „Freiheitskampf“, angefeuert aus Österreich, mit Waffen versorgt vor allem über Ungarn, aktiv beobachtet von einem deutlich interessierten Italien, ethisch, aber weiß Gott nicht nur ethisch unterstützt, stimuliert und ökonomisch kontrolliert von Deutschland (eine herausragende Rolle spielt Siemens) und gesegnet vom Papst, der von Budapest (!) aus dazu aufruft, Kroatien als eigenen Staat anzuerkennen (ganz ohne „Trauerarbeit“ im Blick auf den früheren faschistischen Quasi-Kirchenstaat Croatis; im Golfkrieg gehörte der Vatikan zur Friedens-, hier zur Kriegspartei!).²⁷

Und: Serbien muß sterben, darf jedenfalls „als berufsmäßiger Friedensstörer nicht geduldet werden“ (Friedrich Naumann), denn, so der FAZ-Herausgeber Reißmüller, Serbien ist ein „gänzlich uneuropäisches Staatswesen“ mit einem orientalischen Rechtsverständnis, dem Irak ähnlich!²⁸ Trotz des Waffenembargos von KSZE und EG tauchen in Kroatien modernste deutsche Waffen auf, Leopard-Panzer und Messerschmidt-Haubitzen, wie *El País* (Madrid) und *Washington Post* im Juni 1992 berichten. Die FAZ (26. 6. 1992) hält das Embargo für „dumm und verantwortungslos“. „Für jeden Staat müßte es eine Ehre sein, Waffen an Kroatien geliefert zu haben.“²⁹ Wenn es danach geht, gebührt dem deutsch-assoziierten Ungarn eine besondere Ehre.

Ins Horror-Szenario mischt sich persönliches Glück. Am 31. Januar heiratet der Urenkel des letzten Habsburger Kaisers eine Gräfin Thyssen, nachdem sich die beiden, wie verlautet, bei Hilfsmitteln in Kroatien kennengelernt haben (der Brautvater trägt bei der Trau-

ung eine altungarische K. u. K.-Uniform): tu felix Austria nube.³⁰

Die Ereignisse eskalieren. Im April 1993 spricht sich Präsident Havel für ein militärisches Eingreifen gegen Serbien aus. In Albanien weicht der Papst am 25. April 1993 Bischöfe. Anfang Mai versuchen Bischof Dyba, der höchste katholische Militärgeistliche in Deutschland, und Frau Waschbüsch, die Vorsitzende des ZK der Deutschen Katholiken, die Deutschen in schwieriger Zeit zu ermuntern und zu mobilisieren: ein militärisches Eingreifen in Bosnien sei erlaubt, und es sei gebotene Pflicht.

Simon Wiesenthal kommentiert in einem Interview mit dem „Corriere della Sera“ diesen gespenstigen Aufzug so: Es sei „kein Zufall, daß es Deutschland, Österreich und der Vatikan sind, die als erste die Unabhängigkeit Kroatiens anerkannt haben, und dessen historische Alliierte sie sind. ... Man informiert uns heute über die serbischen Verbrechen in Bosnien. ...“ Aber „die ersten Flüchtlinge dieses Krieges waren gerade die Serben, die Kroatiens verlassen mußten ... als dieses Land beschloß, die serbische Bevölkerung als eine „ethnische Minderheit“ zu qualifizieren. ... Von diesem Augenblick an wurden in Kroatien die orthodoxen Kirchen und die Synagogen angezündet, während sich die Schändung jüdischer Friedhöfe vervielfachte. Zur gleichen Zeit wurden die Namen mehrerer Plätze und Straßen in Zagreb geändert, Namen von im antifaschistischen Kampf gefallenen Partisanen wurden ersetzt durch die der ehemaligen Ustascha-Chefs, die Komplizen Hitlers waren.“³¹

Aus Slowenien und Kroatien, dessen Präsident Tudjman öffentlich stolz darauf ist, weder mit einer Serbin noch mit einer Jüdin verheiratet zu sein, werden also Völkerrechtssubjekte (die als solche Recht haben, militärische Bündnisse einzugehen, fremde Truppen ins Land zu holen usw.), ganz zum Schluß auch noch Mazedonien. Genscher drückt sogar die Gründung und Anerkennung

schen Freunden, um sie zu gewinnen, ein großer Einfluß eingeräumt wäre), hätte als ehemaliger Teil des Osmanischen Reiches eine „natürliche“ Affinität zur Türkei; diese müßte sich ebenso „natürlich“ als Schutzmacht des Neugeborenen verstehen, was sie denn auch tatsächlich tut – noch unmittelbar vor dem G7-Gipfel in Tokio verlangen sie ein Eingreifen zugunsten der bosnischen Moslems –, und Deutschland für die Rückkehr in ihr altes Territorium dankbar sein. Bosnien würde der Ort des engsten Schulterschlusses von Deutschland und Türkei. *Mit einem Schlag*, „ruckartig“, wäre der ganze „mitteleuropäische Raum“ wirklich geworden. Mit allen Konsequenzen. Auf der anderen Seite hat die Türkei, 1991 von Bonn mit großen Mengen schweren militärischen Geräts aus Beständen der NVA beschenkt, mit NATO-Rückendeckung ihren Einfluß im Bereich benachbarter asiatischer ehemaliger Sowjetrepubliken beträchtlich erweitert und sieht sich auch als Schutzmacht Aserbaidschans – und des Öls von Baku. Mittlerweile hat sich die Lage beruhigt: Nach dem Tod Özals ist Aserbaidschan ebenso in die GUS zurückgekehrt wie Georgien, in dessen Häfen die Pipelines von Baku münden; die Westmächte haben Deutschland die bosnische Suppe versalzen; auch an anderen Fronten zeigt insbesondere das Einvernehmen von USA und Russland Wirkungen, die den deutschen Expansionismus nicht begünstigen.

Bundeswehr sucht „neue Ziele“

Bundeswehr-Generalinspekteur Klaus Naumann führt in einem Vortrag vor der „Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947“ am 1. Dezember 1992 in Frankfurt/Main, die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ paraphrasierend und kommentierend, als dritten für die Bundeswehrplanung bedeutsamen „Ri-

Dr. Wolf-Dieter Gudop ist regelmäßiger Autor des Vereins „Wissenschaft und Sozialismus e.V.“ in Frankfurt am Main. Den aus Platzgründen um etwa ein Drittel gekürzten Aufsatz entnahmen wir mit freundlicher Genehmigung des Autors der neuesten Ausgabe der Zeitschrift *Freidenker* (Nr. 4/93) des Deutschen Freidenkerverbandes e.V., Sitz Dortmund.

Der vollständige Aufsatz ist auch als „Publikation Nr. 12“ in Broschürenform gegen eine Schutzgebühr von 8.– DM zu beziehen bei:

**Verein Wissenschaft und Sozialismus e.V.,
Herrn Josef Mayer, Trifelsstraße 6,
60528 Frankfurt am Main, Tel. 069-676630.**

eines neuen „selbständigen“ Staates Bosnien und Herzegowina durch, so daß nur ein „Restjugoslawien“ mit Serbien und Montenegro übrig bleibt, sagt, wenn diese Politik scheitern würde, würde es „eisig um Deutschland“ werden – und tritt zurück. „Begabt“, kommentiert der norwegische Friedensforscher Johan Galtung am 19. November 1992 in einem Vortrag.

„Die Genscher-Politik ist nicht nur kriminell, sondern auch ganz klar gelogen.“ Galtung weist darauf hin, daß im EG-Ministerrat, als Deutschland die Zerschlagung Jugoslawiens betrieb, das Stimmenverhältnis 11:1 war.³² „Genscher hat die EG überzeugt, ... es endete 0:12. Daß es alte deutsche Interessengebiete gibt, das wissen wir alle. Man könnte auch sagen, Deutschland ist Stellvertreter Österreichs, und es gibt eine Menge von „Anschlüssen“ zweiten Ranges. ... Bosnien-Herzegowina ... war nie ein Nationalstaat, es war immer Bund. Kroatien war immer Bund in den letzten drei, vierhundert Jahren. Slowenien war „eingezäunt“. Dieses sind die drei Gebiete, die in der Interessenzone liegen.“ Galtung spricht weiter von der „Genscherisierung Kroatiens“. Und: „Kroatien als Staat anzuerkennen, wenn es Serben gibt, die Todesängste haben, ist blanke Wahnsinn. Bosnien-Herzegowina am 6. April als Staat anzuerkennen, wenn es drei Nationen gibt, die sich gegenseitig voreinander fürchten und Angste haben – Wahnsinn. ... Am 20. Januar 1992, fünf Tage nach der Anerkennung (Kroatiens), kam vom Verteidigungsausschuß des Bundestages ein Schreiben, in dem steht, welches die deutschen Sicherheitsinteressen sind: „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen“.³³

Slowenien und Kroatien werden von der „internationalen Gemeinschaft“, wenn auch zähneknirschend, Deutschland als Einflußzone zugestanden. Ein seine Existenz Deutschland verdankender islamisch geprägter Staat Bosnien-Herzegowina (in dem auch den kroati-

schen Bereich „die Zone von Maghreb bis Indik“ (also von Marokko bis zum Indischen Ozean) an, „denn es darf nicht übersehen werden, daß die gesamte Region Südosteuropas und die Zone Marokko – Indien latentes Konfliktpotential enthält.“³⁴ „Die gesamte Region Südosteuropa und die Zone Marokko – Indien“ – das ist, wie zufällig die altekanische Haupt-Expansionslinie des imperialistischen Deutschland.

Darüber hinaus erstrecken sich das Interesse des deutschen Kapitals und damit auch die mögliche Präsenz und die mögliche Einsatzz der Bundeswehr um den ganzen Globus.

Punkt acht des vielzitierten Katalogs „vitaler Sicherheitsinteressen“ in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ vom 26. November 1992 (Abs. 8) lautet: „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“; hinzugefügt wird: „im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung“ (deren Gerechtigkeit sich in erster Linie darin zeigen muß, daß „die deutschen Interessen“ angemessen respektiert werden?). Der vorausgehende ökonomisch-ethische Punkt sieben heißt: „Förderung der Demokratisierung und des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts in Europa und weltweit“. Der Katalog unterstreicht wie das ganze Papier das Agieren der Bundeswehr in der bündnispolitischen Struktur und im Kontext „einer global und regional wirksamen Sicherheitsstruktur komplementärer Organisationen“, ergänzt dies aber im zehnten und letzten Punkt unmissverständlich: „Einflußnahme auf die internationale Institutionen und Prozesse im Sinne unserer Interessen und gegründet auf unsere Wirtschaftskraft, unseren militärischen Beitrag und vor allem unsere Glaubwürdigkeit als stabile, handlungsfähige Demokratie“ (Vgl. Abs. 7: „Die nationale Interessenlage ist ... Ausgangspunkt der Sicherheitspolitik eines souveränen Staates. Sie ist der Maßstab für die Beurteilung der Risiken und der Handlungserfordernisse zur

Wahrnehmung der Chancen zukünftiger Entwicklungen.“) „Krisenmanagement wird als künftige Schwerpunktaufgabe an die Stelle der bisherigen Ausrichtung auf die Abwehr einer groß angelegten Aggression treten.“ („Richtlinien“ Abs. 48) Die Grenze zwischen Krieg und Frieden wird fließend und unbestimmt. „Strategisches Denken in Phasen ist angesichts zukünftiger Konstellation von Chancen und militärischen und nicht-militärischen Risiken überholt. Daher verbietet sich auch eine starre Zuordnung militärischer Fähigkeiten zu den Kategorien Frieden, Krise und Krieg.“ (Abs. 49) Klaus Naumann konstatiert in seinem genannten Vortrag „Defizite“ beim „Konsens in Politik und Volk zum Einsatz der Bundeswehr, und der ist wichtiger als alle Materialplanungen. Die Soldaten müssen wissen, daß sie bei der Ausführung ihres Auftrages von unserem Volk gestützt und getragen werden.“

Johan Galtung sieht im zitierten Vortrag „eine kommende mögliche Konfliktformation“ auf „gesamteuropäischer Ebene“: „Europäische Union im Westen“, „Russische Union (Russland, Belorussland, Ost-Ukraine und Nordkasachstan) im Osten“, im Südosten „Türkische Union mit der Türkei und mit den sechs muslimischen exsowjetischen Republiken. Iran und Pakistan könnten hinzu kommen. Es gibt zwei Atommächte im Westen, es gibt vier in Nordost und es gibt zwei oder drei im Südosten.“ Das wird als Tendenzbild stimmen. Die „Konfliktformation“, die Galtung in Analogie zu kleineuropäischen Konfliktlagen, wie sie sich im Jugoslawienkrieg gezeigt hat, sieht, kann von der Bewegung der erdumgreifenden Faktoren, mit denen sie sich vermittelt, jedoch schnell korrigiert, verändert und überholt werden.

Die Erde wird unter den imperialistischen Mächten und Mächtegruppierungen neu aufgeteilt. Wir sind in diesen Jahren Zeugen einer Phase, in der die Großen möglichst vorteilhafte Ausgangsstellungen besetzen und sichern beziehungsweise dem Konkurrenten entziehen, um für die entscheidende künftige Auseinandersetzung gerüstet zu sein und unter den im Vergleich zu „den anderen“ günstigeren Bedingungen operieren zu können.

Im daraus resultierenden, sich jetzt abzeichnenden labilen Kompromiß und Waffenstillstand wird die neue Lage im Blick auf den – wie immer relativen und vorläufigen – Haupt- und Endkampf um die Weltherrschaft organisiert.

Wird die Entwicklung des Dritten Weltkriegs oder die Entwicklung zu diesem aufzuhalten und umzukehren sein? Die imperialistische Konkurrenz und das ihr wesenhaft Streben nach Weltherrschaft zu Lasten des Konkurrenten treiben zum Krieg; sie können ihn jedoch in gewisser Weise zugleich verhindern und bremsen, indem sich die konkurrierenden Mächte gegenseitig blockieren und in Schach halten. Ein schwacher Trost und eine geringe Beruhigung: Das eine ist die übergreifende Wirklichkeit einer objektiven Gesetzmäßigkeit, das andere ein relatives Moment.

Anmerkungen

1 Zit. n. R. Nikutta, C. Thomas, Die BRD als „normale“ militärische Macht? Wissenschaft & Frieden, Bonn 3/1991, S. 11
2 Frankfurter Info 6/1993. – Stefan Eggerding weist bei Berufung auf den „Spiegel“ 25/92 darauf hin, daß es in der Bundeswehr Pläne eines Krieges gegen England und Frankreich gibt (S. E., Großdeutschland auf dem Balkan – neuer Kriegsgefahr? In: Weißenseer Blätter, Berlin, 3/1993, S. 54)

3 St. Eggerding, a.a.O., S. 45
4 R. Opitz, Europastrategien des deutschen Kapitals 1900–1945, Köln 1977, Dok. XV, S. 134
5 M. Tropowitz, ND, 22./23. 8. 92
6 E. Cariebach, Hitler war kein Betriebsunfall, Frankfurt/M. 1978 und Bonn 1993, S. 26
7 Ebenda

8 U. Hörster-Philipp, Wer war Hitler wirklich? Großkapital und Faschismus 1918–1945, Dokumente, Köln 1978, Dok. 297, S. 353

9 L. Besymenski, Die letzten Notizen von Martin Bormann, a.a.O., Bd. 2, S. 16–29
10 Generalmajoor a. D. C. H. Licheli in „Europäische Sicherheit“ 2/92: „Verdrängt zu werden scheint, daß das hohe Ansehen, das die Bundeswehr sich bei Gegnern und Verbündeten erwerben konnte, nicht unwe sentlich begründet war in der Hochachtung vor den Leistungen der deutschen Streitkräfte, die vor ihr waren; daß es Generale wie Heusinger, Speidel ... gewesen sind, die den neuen Streitkräften Achtung ... gewohnt haben. Sie waren alle aus der Herkunft hervorgegangen und nicht bereit, diese Herkunft zu verleugnen oder gar das Nest zu beschmutzen, aus dem sie kamen.“ Zit. n. A. Seiderer, Die Neue Weltordnung“, Nr. 6 dieser Reihe, S. 21. Ganz anders finden sich im „vereinten Deutschland“ die Offiziere und Generale der NVA der DDR wieder: Sie werden in die Kategorie „gedient in fremden Streitkräften“ eingeordnet, dürfen die Bezeichnung ihres Dienstgrades nicht führen (auch nicht mit dem Zusatz a.D.) und beziehen eine (straf-)reduzierte Rente.

11 G. Heyden, Kritik der geopolitischen Expansionstheorie des deutschen Imperialismus, in:

Termine

21. – 23. 1. Bundesweites Treffen der Cuba-Solidaritätsgruppen in Berlin. Anmeldungen über: Cuba si, Postfach 100, 10122 Berlin, Tel. 030/28409455.

29. – 30. 1. Delegiertenkonferenz der PDS AG Westl. Landesverbände, Samstag, 11 Uhr, bis Sonntag, 16 Uhr, in Köln.

5. – 6. 3. 14. o. BDK des BWK in Köln.

8. 3. Bundesweiter Frauenstreik- und Aktionstag aus Anlaß des Internationalen Frauentages

11. – 13. 3. 3. Tagung des 3. PDS-Parteitags mit dem Schwerpunkt „Die PDS in den Wahlen 1994“ in Berlin.

13. 3. Landtagswahlen in Niedersachsen.

20. 3. Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein.

R. Schulz (Hg.), Beiträge zur Kritik der gegenwärtigen bürgerlichen Geschichtsphilosophie, Berlin 1958, S. 522 f.

12 a.a.O., S. 523

13 R. Coudehove-Kalergie, Weltmarkt Europa, Stuttgart 1971, S. 11

14 a.a.O., S. 35

15 a.a.O., S. 76

16 a.a.O., S. 96

17 a.a.O., S. 35

18 F. J. Strauß, Entwurf für Europa, London 1965 (engl.), München 1966

19 a.a.O., S. 77

20 a.a.O., S. 102 u.a.

21 a.a.O., S. 12

22 FR, 22.9.83 (In gewisser Hinsicht haben die USA seit den 40er Jahren die Erbschaft Großbritanniens als Partner Deutschlands im Kampf um die Weltherrschaft, wie es der deutsche Imperialismus als eine Traditionsvariante kennt, angetreten).

23 Zur deutschen Friedensbewegung vgl. W.-D. Gudop, Variationen über die Friedensbewegung der achtziger Jahre, ZMF-Arbeitspapiere 3, Frankfurt/M. 1989. – In ihr verhandeln sich der Friedenswillen ihrer Anhänger, ein spezifisches Interesse des deutschen Imperialismus und das sowjetische Interesse, den militärisch-ökonomischen Druck des Tot-Gerüst-Werden zu lockern. – Aus dem Munde eines in der Friedensbewegung in Zivilkleidung agierenden Bundeswehroffiziers hörte ich einmal noch weitergehend: Wir müssen ein Interesse daran haben, daß die amerikanischen Raketen aus Deutschland

DAS GEISTERHAUS**Geschichte einer chilenischen Familie**

Endlich! Endlich einmal ein nicht-amerikanischer Film in unseren Kinos, der mit Erfolg läuft und viel Geld einspielt. Es handelt sich um die deutsch-dänisch-portugiesische Koproduktion „Das Geisterhaus“, verfilmt nach dem Roman von Isabel Allende und produziert von Bernd Eichinger (Neue Constantin Film, „Last Exit, Brooklyn“). Es handelt sich um die Geschichte einer chilenischen Familie, die im Verlauf von ca. 50 Jahren gezeigt wird. Im Mittelpunkt stehen der Patriarch Esteban Trueba und seine Frau Clara, deren Beziehung durch die Ereignisse äußerst belastet wird.

Am Ende seines Lebens wird Esteban Trueba (dargestellt von Jeremy Irons) von seiner Tochter Blanca (dargestellt von Wiona Ryder) auf sein Gut „Drei Marien“ gefahren. Dort erinnert er sich an die Stationen seines Lebens und an Clara. Er erinnert sich daran, wie er zum ersten Mal als junger Mann im Wohnzimmer der Familie del Valle saß und bei Severo (dargestellt von Armin Müller-Stahl) und dessen Frau Nivea (dargestellt von Vanessa Redgrave, die vor vielen Jahren als Trotzkistin in England aktiv war) um die Hand ihrer schönen Tochter Rosa bat, die aber kurz darauf starb. Esteban arbeitete hart als Bergmann, kaufte sich von seinem Vermögen das Gut „Drei Marien“ in den Kordilleren und machte es zu einem angesehenen Gut in dieser Gegend. Trueba vergewaltigte in diesen Jahren eine junge Bäuerin am Fluß; deren Sohn Esteban Garcia, spielte in seinem Leben noch eine wichtige Rolle.

Er heiratete Rosas Schwester Clara (dargestellt von Meryl Streep, „Silkwood“), die helleseherische Fähigkeiten hat und telekinetisch begabt ist: sie konnte ohne weiteres kleinere Gegenstände mit dem Geist bewegen. Estebans ältere Schwester Ferula (dargestellt von Glenn Close, „Gefährliche Liebschaften“), die nach dem Tod der Mutter einsam war, schloß mit Clara schnell Freundschaft. Die zwei entwickelten eine intime Beziehung, die von Esteban bemerkte wurde. Er jagte daraufhin seine Schwester aus dem Haus, die ihm deshalb verfluchtete. Clara brachte in diesen Jahren ihre Tochter Blanca zur Welt und ihre eigenen Eltern starben bei einem tragischen Verkehrsunfall. Als Blanca aufwuchs, lernte sie den jungen Pedro Tercero kennen. Die beiden verband bald eine Freundschaft, die ein Leben lang dauern sollte.

Die Jahre vergingen und Blanca wurde erwachsen. Pedro wurde ein Revolutionär, der die Arbeiter auf dem Gut über ihre Lage aufklärte. Der Patriarch Esteban erschien dann meist mit einem Gewehr und verjagte Pedro. Blanca und Pedro konnten sich nur heimlich lieben. Esteban schaute daraufhin nach einem entsprechenden Ehemann für

Blanca aus und fand den jungen Grafen Jean de Satigny (dargestellt von Jan Niklas, einem jungen Münchner), der als Geschäftsmann bereits die ganze Welt umreiste. Aber Blanca blieb Pedro treu. Eines Nachts entdeckte der Graf, daß die Tochter des Hauses aus dem Fenster kletterte. Er ging ihr nach und entdeckte die Liebenden, worauf er alles dem Hausherrn erzählte, der daraufhin seine Tochter auspeitschte und seiner Frau Clara die Zähne ausschlug. Clara sprach dann nie mehr ein Wort mit ihrem Mann.

Jahre später ließ sich Esteban Trueba im reifen Alter als Senator zur Wahl stellen und machte für die konservative Partei Wahlkampf. Niemand glaubte daran, daß die Linken gewinnen könnten. Nach Bekanntgabe des Ergebnisses ist Trueba sehr einsam. Es erschien bald die ersten Militärs und es war klar, daß irgend etwas geschah. Es kam zum Militärputsch gegen die Regierung und Trueba merkte bald, daß die Lage sich zur Diktatur entwickelte: Nach dem Tod seiner Frau Clara wurde er ständig einsamer. Sein Herz hing an seiner Tochter Blanca und an der kleinen Enkelin Alba. Als Blanca von den Militärs abgeholt und brutal verhört wurde, machte er all seinen Einfluß geltend, das Mädchen zu befreien. Er merkte aber, daß seine Macht kleiner wurde. Nur über Umwege gelang ihm das Wunder; Blanca war gerettet. An all dies dachte er zurück, als er mit Blanca



Bei den Dreharbeiten zum „Geisterhaus“ in Lissabon

Bilddokumente: Cinema, Dezember 1993

sein altes Gut „Drei Marien“ betrat. Aufgrund seiner großen Erschöpfung legte er sich nieder und stirbt. In diesem Augenblick erscheint ihm Clara und nimmt ihn zärtlich auf.

Man merkt, daß die Autorin Isabel Allende Menschen so sein läßt, wie sie wirklich sind, ohne sie zu bewerten. Das drückt sich im Film gut aus. Man sieht, wie der junge Esteban Trueba Frauen behandelt und wie seine Schwester Ferula in falscher Frömmigkeit die Mutter pflegt. Andererseits kommen im Film Entwicklungen zu kurz. Die Szenen stehen teilweise wie abgehackt nebeneinander; der Ablauf erscheint etwas sprunghaft. So erscheint der junge Graf Satigny und soll auf Geheiß des Vaters Trueba die Tochter Blanca heiraten, erscheint aber nie wieder im

Verlauf der Handlung. Manchmal wird der Ernst der politischen Lage in Chile heruntergespielt. Die Veranstaltungen der Linken muten an wie beim Fasching, ohne daß es im Film um konkrete Botschaften gegangen wäre. Aber vielleicht war dies im Film nicht zu erwarten. Ebenso kam der Charakter des Militärputsches zum Tragen. Es war überhaupt nicht klar, wie die Rechten revoltieren. Insgesamt gesehen erreicht der Film trotzdem einen gewissen Tiefgang, was sicher auch durch die hervorragende Besetzung erreicht wurde. Meryl Streep und Glenn Close sind besonders hervorzuheben. Meryl spielt die verträumte und weiche Clara, Glenn die alte verbissene Jungfer.

Vergleicht man den Film mit dem Buch, so ist zu sagen, daß

die ganze Fülle des Buches vom Film nicht eingefangen wird und auch nicht eingefangen werden kann. So hat man z.B. Blancas Brüder, die Zwillinge Jaime und Nicolas, ganz unterschlagen, sowie Claras geliebten Hund Barrabas. Im Buch wurde deutlich, mit welchen Methoden die Militärs die demokratisch gewählte Regierung Allende vertrieben und wie sie die Unzufriedenheit des Volkes gegen die Regierung schürten. Wichtig auch die Diskussionen im Hause Trueba über Sozialismus, die im Film fehlen. Das Buch erscheint nach dem Lesen wie eine eigene Welt mit internen Regeln, an die der Film nicht heranreicht. Liest man also erst das Buch und sieht dann den Film, ist man auf jeden Fall enttäuscht. Macht man es aber umgekehrt, könnte man

einen Gewinn erzielen. Eigentlich wundert es ein wenig, daß Isabel Allende als humanistisch geprägte, kritische Autorin in der Mittelschicht so viel Anklang gefunden hat. Denn sie schreibt durchaus Kritisches über den Kapitalismus und die herrschende Schicht. Andererseits verzichtet sie fast ganz auf revolutionäre Gedanken, indem sie euphorisch beschreibt, daß die Sozialisten legal und im Rahmen der Möglichkeiten des Staates an die Macht gelangen können. Was den Film angeht, so ist es erfreulich, daß ein Film, der nicht aus Hollywood kommt, Erfolge feiert.

Denn es erhebt sich die Frage, was nach dem Tod von Frederico Fellini noch an ernstzunehmender Konkurrenz zu Hollywood übrigbleibt. —(joe)

IN THE LINE OF FIRE**Noch ein Beitrag zu der anscheinend nicht endenden Kennedy-Nostalgie**

Drei Jahre nach dem Mord an John F. Kennedy gibt es eine Kennedy-Nostalgie. Neben dem Film von Oliver Stone „JFK“ gibt es jede Menge Bücher, Zeitungsartikel und wahrscheinlich auch bald T-Shirts zum Thema. Und da Kennedy lange genug tot ist, eignet er sich für allerhand Mythen, so dem, daß er im Gegensatz zu seinen Nachfolgern ein guter Präsident war. Gelegentlich werden im Kino diese Mythen dementiert, meistens aber bedient. In dem Film „The line of fire“ bekommt ein Beamter vom Secret Service, der bei Kennedys Ermordung dabei war, sich aber nicht entschließen konnte, als Kugelfang für den Präsidenten zu dienen, eine zweite Chance. Der Kollege für die Dreckarbeit (die Schattenseite der Lizenz zum Töten) ist durchgeknallt und will den Präsidenten ermorden. Eigentlich ist es aber mehr ein Spiel, ein Zweikampf zwischen zwei alten Männern, deren Zeit vorbei ist und deren illusionsloser Blick auf die Welt für keine Ideale mehr Raum läßt.

Für die Geschichte wäre es nicht notwendig gewesen, sich gerade den Präsidenten als umkämpftes Objekt auszusuchen, (fast) jeder andere hätte es auch getan. Freilich gestattet uns diese Wahl ein paar Blicke in die amerikanische Politik. Der Film handelt also vom ungleichen Zweikampf dieser Männer, der eine ein desillusionierter Sicherheitsbeamter, noch im Apparat und für diesen aktiv, der andere ein psychopathischer Killer. Der Kinozuschauer, der — entsprechend geschnürt — sich inzwischen in der Psyche letzterer besser auskennt als vermutlich in der eigenen, bekommt, was er erwartet. John Malkovich spielt den Killer mit der gekonnten Mischung aus Infantilität, die wirkt wie die Unschuld vom Lande, und Jähzorn bzw. Brutalität. Da der Filmemacher aber die Jugendlichen nicht außen vor lassen will, halten sich die brutalen Szenen erfreulicherweise in den schon unerfreulichen Grenzen des Üblichen. Auch die für den Film keineswegs notwendige Romanze fehlt nicht, bietet doch die weib-



Alfre Woodard in „Passion fish“

liche Kollegin unseres Helden die Möglichkeit für dessen chauvinistische Sprüche. Der darf den Typus „rau aber herzlich“ darstellen, dazu gehört, daß er Jazzplatten sammelt, Klavier spielt und Whisky trinkt. Der Film ist gut gemacht, Dutzendware im besten Sinne, also spannende Unterhaltung und rechtes Weltbild. Der Secret-Service Mann kennt die Menschen und die Täuben. Das Kinopublikum kennt ihn (Clint Eastwood). Gemeinsam ist beiden, daß sie weitermachen, die Frage nach dem Sinn dieses Weitermachens aber tunlichst vermeiden. Der Killer hat das Spiel gewonnen; während er weiß, wofür er stirbt, weiß unser Agent nicht, wofür er lebt. Die Frau in seinen Armen ist die Belohnung. Eine Antwort ist sie nicht. — (Wolfgang Haile)

PASSION FISH**Zwei Frauen erkämpfen sich ihr persönliches Glück**

Ein kleiner lebender Fisch aus dem Bauch eines gefangenen großen Fisches ist ein „Passion Fish“. Ihn fest mit der Hand umschlossen, geht ein Wunsch in Erfüllung. Der Film erzählt von zwei Frauen, die diese Chance haben. Ob ihre Wünsche in Erfüllung gehen, bleibt offen. Sicher ist nur, daß sie darum kämpfen müssen.

Die Geschichte: Eine Schauspielerin, berühmt durch kitschige Fernsehserien, wird infolge eines Autounfalls querschnittsgelähmt. Sie zieht sich auf's Land, in das abgelegene Haus ihres verstorbenen Vaters zurück. Dort verbringt sie zunächst Tag und Nacht vor dem laufenden Fernsehgerät. Es ist ihr einziger, bevorzugter Kontakt zur Außenwelt. Dazu ein Glas Wein, später bedient sie sich gleich der Flasche. Die einzigen Menschen, denen sie begegnet, sind immer neue Krankenschwestern, die ihr eine Agentur vermitteln. Sie hält es mit keiner aus und keine mit ihr. Die Geschichte nimmt eine Wendung — man ahnt es schon — als ihr eine Frau geschickt

wird, die sich von den anderen unterscheidet. Die Probleme im Leben dieser farbigen Krankenpflegerin aus dem fernen Chicago werden erst nach und nach deutlich. In dem Maß, wie es der Krankenpflegerin und späteren Freundin gelingt, die Gelähmte aus ihrer Lethargie zu locken und ihre Alkoholsucht zu bekämpfen, enthüllt sie ihre eigene Geschichte, in der auch Sucht eine Rolle spielt.

Es ist eine sehr ruhige Geschichte, die hier erzählt wird, ohne große dramatische und aufgesetzte Effekte. Dennoch ist sie spannend und trotz gefühlsternter Beziehungen — Eltern / Kind und Liebesgeschichten — nie sentimental. Die Dialoge sind witzig, die Hauptpersonen schlafsfertig. Dazu wunderschöne Aufnahmen einer fast unbekümmerten Landschaft in Louisiana. Zurück zur Natur, um in der Idylle des Landlebens zur eigenen Identität zurückzufinden? Die Lebensfreude der dortigen Bewohner, die sich u.a. in der Musik ausdrückt, scheint dies zu bejahen. — (ccs)

Politische Berichte**zum Abonnieren — zum Kennenlernen**

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- im Halbjahres-/ Jahresabo (32,50 bzw. 65,- DM je Einzelabo)
- im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo).
- Halb-/ Jahresabo für neue Länder (19,50 bzw. 39,- DM im Jahr)

Name:
Straße:
Postleitzahl/Ort:
Konto-Nr./BLZ:
(Bank) Unterschrift:

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.
Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7, Tel.: 0221/21 64 42. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln); Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim); Jörg Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln); Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München); Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 22087 Hamburg); Herbert Staschit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz); Werner Thümmler (über: GNN, Czerninskstr. 5, 10829 Berlin). Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 50674 Köln, Zülpicher Straße 7, Tel.: 0221/21 1658, Datentelefon: 0221/21 1658, Telefax: 0221/21 5373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Kto. Nr. 104 19-507. Bezugbedingungen: Einzelpreis: 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 65,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,20 DM; das Halbjahresabo

kostet 19,50 DM / Jahresabo 39 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzter; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Staschit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayrischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stadt- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGM, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungssektor: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesellschaftspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 45136 Essen.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 50674 Köln, Zülpicher Straße 7, Tel. 0221/21 15373. GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstraße 6a, 22087 Hamburg, Tel. 040/2204278, Fax: 040/227419. GNN Verlagsgesellschaft Westfalen, Czerninskstr. 5, 10829 Berlin, Tel. 030/7815222. GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511/3520816. GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zülpicher Straße 7, 50674 Köln, Tel. 0221/21 1658, Fax: 0221/21 5373. GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 110822, 60043 Frankfurt, Tel. 069/2204278, Fax: 069/2204279. GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/624532. GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/5026541, Fax: 089/5028112. GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204/2093.